



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll (Bandabschrift) der 28. Sitzung – Teil 3 - endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 4. März 2021, 10.30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer Str. 1,
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900

Vorsitz: Vorsitzender Kay Gottschalk, MdB

Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Marie-Christine Geilfus (Fortsetzung)
(Beweisbeschluss Z-90)

2

* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugin zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn der Bandabschrift
00.04 Uhr)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber ist Ihnen erinnertlich oder auch mal berichtet worden, dass es auch ein Gespräch gab, wo die Staatsanwaltschaft München noch mit dabei war, wo es auch um die Frage ging, „Handelsaussetzungen oder Leerverkaufsverbot“?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich, dass es so ein Gespräch gegeben hat, an dem ich nicht teilgenommen habe, und dass mir daraus berichtet wurde, dass die Staatsanwaltschaft mitteilte, dass sie ein Leerverkaufsverbot als die zielgerichtete Maßnahme sehe, im Vergleich zu einem Handelsverbot.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Haben die das auch begründet? Würden Sie das teilen, dass das Leerverkaufsverbot die zielgerichtete Maßnahme ist?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich weiß nicht, ob die Staatsanwaltschaft das begründet hat, weil ich bei dem Gespräch nicht dabei war. Ich persönlich halte ein Handelsverbot für eine deutliche strengere Maßnahme und eine viel schärfere Maßnahme. Ich habe zu Beginn, als ich eingebunden wurde, mit meiner Kollegin Weik-Ludewig auch kurz über ein Handelsverbot gesprochen. Wir haben dies, also ein Handelsverbot gestützt auf § 14 WpHG, diese Erwägung sofort fallen gelassen, weil das ein Eingriff gewesen wäre, bei dem nichts mehr hätte gehandelt werden sollen. Das Netto-Leerverkaufspositions-Verbot, das ist ja ein recht sperriger Name, ist ja aber keine Handelsbeschränkung in dem Sinne, vergleichbar eines Handelsverbotes, sondern man durfte handeln, wenn man dadurch keine Netto-Leerverkaufsposition aufgebaut oder diese erhöht hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die Frage, die ist eben schon angeklungen, die stellt sich für mich auch nochmal: Wie ist diese Information der Staatsanwaltschaft München bei Ihnen dann verarbeitet worden? Wie ist sie gewichtet worden und welchen Einfluss hatte dabei auch, dass sie jenseits der reinen Information ja ganz offenbar - Herr Kimmer hat das ja sehr eindrücklich hier geschildert, Frau Bäumler-Hösel konnte sich an nichts mehr erinnern. - Welchen Einfluss hatte es, dass Frau Bäumler-Hösel Herrn Kimmer gesagt hat, „die Wirecard AG wird erpresst, sowas habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen“? Hatte das einen Einfluss dann auf den weiteren Gang der Dinge?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Meiner Meinung nach hatte das einen ganz maßgeblichen Einfluss auf den weiteren Gang der Dinge. Ich habe das so wahrgenommen, als dass diese Information der Staatsanwaltschaft - die ja verbunden war mit der Information, dass eine weitere Short-Attacke droht - ganz wichtig war, und dass sie mit dieser Wertung und dieser Dringlichkeit verbunden war. Ich persönlich glaube auch, dass ohne diese Information das Verbot, oder das ist ja kein Verbot, das Netto-Leerverkaufspositions-Verbot, so nicht erlassen worden wäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie soll ich sagen, also ich meine das ist jetzt eine schwierige Frage, aber wie eindeutig war denn am Ende die Entscheidung, wirklich diesen Weg zu gehen? Weil, es war erstmals in Deutschland - Sie haben selbst davon berichtet, die Nerds von der Bundesbank, die haben gesagt, „nein, finden wir irgendwie nicht so super“. Und dann hat sich aber die BaFin gesagt, „nein, wir machen das aber trotzdem“. War das aus Ihrer Sicht damals eine eindeutige Entscheidung? Oder, weil Sie jetzt sagen, diese Wertung der Staatsanwaltschaft hat erheblichen Einfluss gehabt, das hört sich ja eher danach an, dass es vielleicht eher nicht so ganz eindeutig war.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Entscheidung wurde sich nicht leicht gemacht. Das Für und Wider wurde ausführlich und detailliert besprochen; das Vorliegen der Voraussetzung wurde intensiv diskutiert. Ich erinnere mich, dass Frau Roegele in der Besprechung, um die meine Kollegin und ich gebeten haben, die Maßnahme von Anfang an unter die Prämisse gestellt hat, das auch die ESMA eine positive Stellungnahme abfasst. Insofern war die Entscheidung zum Erlass der Maßnahme nicht getroffen, oder wurde von ihr nicht getroffen, bis die ESMA entsprechend abgestimmt hat. Und wenn sie nicht so abgestimmt hätte, wäre es nicht zu dem Verbot gekommen.

Die Bundesbank hat ihre Erwägung aufgrund der Finanzstabilität vorgenommen, aufgrund eines Sachverhalts, zu dem wir sie zu dem Zeitpunkt, wo sie ihre Analysen und Berichte dazu getätigt hat, nicht vollständig informieren konnten. Die Maßnahme ist auf das „Marktvertrauen“ gestützt worden. Dafür hat sich die Bundesbank als nicht zuständig gesehen, und deswegen hat sie dann ja auch keine Stellungnahme abgegeben, und hat auf die Abgabe einer solchen Stellungnahme verzichtet. Also deswegen - - Sie sagten gerade, „die Nerds der Bundesbank“, dem möchte ich widersprechen, also, so nehme ich die Kollegen nicht wahr. Sondern es ist nicht so, dass wir nicht wahrnehmen und nicht gewichten und nicht werten, was die Kollegen sagen. Für den konkreten Fall war es nicht so, dass uns konkrete Bewertungsunterlagen und Unterlagen übermittelt wurden, sondern es gab dieses kurze Telefonat von wenigen Minuten, von dem ich berichtet habe. In dem wurde das nicht ausführlich besprochen, sondern es ging dann um diese Information und um den Abbruch des Gesprächs an dieser Stelle, und um die Bitte, dieses auf Leitungsebene weiter zu besprechen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank Dr. Zimmermann, jetzt hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. Frau Geilfus, wie erklären Sie sich denn, dass die Staatsanwaltschaft hier im Untersuchungsausschuss ausgeführt hat, niemals wegen Erpressung ermittelt zu haben? Können Sie sich das erklären?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich, dass die Staatsanwaltschaft wegen Marktmanipulation ermittelt hat. Ich erinnere mich dazu auch, dass es unter anderem zu einer Ermittlung bezüglich Marktmanipulation – und das sind ja die Aspekte, die für die BaFin relevant sind, und für die auch die BaFin zuständig ist – dass es hier im Nachgang zu dem Leerverkaufsverbot auch einen Bericht gab, der – meine ich – im Handelsblatt war, wo die Staatsanwältin diese Ermittlungen zur Marktmanipulation bestätigt hat, und in dem sie auch berichtet hat, dass das eine ernst zu nehmende Information war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie sprechen den Artikel vom 25. Februar 2019 im Handelsblatt an. Dort führt Frau Bäumler-Hösl aus, dass es sich um eine Erpressung handele. Und ich will gerne hier zitieren aus MAT A BMF-4.04 Blatt 5, da ist ein Vermerk, der ist von Ihnen gezeichnet, persönliches Gespräch mit „RL‘in WA23“, Frau Schierhorn, und da führen Sie aus

... Die StA teilte mit, dass eine weitere Short-Attacke bevorstehen könnte. Die StA schätzt die Information als glaubhaft ein und verweist ausdrücklich auf die Vertraulichkeit ...

usw. usf.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

In den weiteren Anhängen geht es um Zusammenhang von Erpressung. Deswegen verstehe ich jetzt nicht, einmal „Erpressung“, einmal „Marktmanipulation“.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Eine drohende Short-Attacke ist für mich ein Sachverhalt der „Marktmanipulation“, den ich dort als solchen wiedergegeben habe – so wie Sie es gerade vorgelesen haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Da gibt es noch eine weitere Passage, beziehungsweise, die weitere Information war, dass die Wirecard erhebliche Geldsummen bezahlen soll, um weitere negative Berichterstattungen zu verhindern. Das würde ich jetzt als möglichen Erpressungstatbestand einordnen. Ob und wie die Staatsanwaltschaft hier Ermittlungen zu Erpressungen eingeleitet hat, darüber habe ich keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Dann würde ich Sie gerne fragen, auf welche rechtliche Bestimmung haben Sie denn genau Ihre Maßnahmen gestützt? Auf welchen Artikel?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Auf die Ermächtigungsgrundlage des Artikels 20 EU-Leerverkaufsverordnung direkt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber der Artikel 20 ist ja ein breiterer Artikel, der beschreibt, dass man Leerverkäufe einschränken kann. Näher spezifiziert, unter welchen Voraussetzungen, wird das ja in Artikel 24 der Delegierten Verordnung. Der Artikel 20 führt eben nur die Möglichkeit aus, und näher spezifiziert wird es in Artikel 24. Und deswegen müssten Sie sich eigentlich auch auf Artikel 24 gestützt haben. Artikel 20 ist überhaupt nicht hinreichend für den konkreten Erlass.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Da muss ich widersprechen: Ermächtigungsgrundlage ist immer der Artikel 20 für eine solche Maßnahmen. Der Artikel 24 bestimmt Ereignisse und Faktoren, die zur berücksichtigen sind.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau, ungünstige Ereignisse, also die Tatbestandsvoraussetzung - korrekt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Und das ist eine Norm, die vor dem Hintergrund der Finanzkrise geschrieben wurde, die deswegen einen sehr finanztechnischen Bezug hat. Das sind keine abschließenden Kriterien. Wir haben uns sehr intensiv mit dem Artikel 24 Absatz 1c auseinandergesetzt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, dann will ich hier einhaken. Verzeihen Sie, Sie haben gerade gesagt, wortwörtlich, „das sei nicht abschließend“. Dann möchte ich Ihnen gerne vorlesen, aus einem offiziellen Dokument der BaFin MAT A Bundesbank-3.02 Blatt 46 ff.

Entwurf einer Allgemeinverfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum Verbot der Begründung und der Vergrößerung von Netto-Leerverkaufspositionen in bestimmten Aktien.

Und hier steht auf Seite drei dieses Dokuments in Bezug auf Artikel 24

... Kriterien und Faktoren, die bei der Entscheidung, ob ungünstige Ereignisse oder Entwicklungen und Bedrohungen vorliegen, zu berücksichtigen sind, [dass diese] abschließend festgelegt

sein.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dabei handelt es sich ...

- ich zitiere -

... nach der abschließenden Aufzählung in Artikel 24 Absatz 1 um Handlungen, Ergebnisse, Tatsachen ...

usw. Wie bringen Sie das in Übereinstimmung mit Ihren Ausführungen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich bringe das in Übereinstimmung, weil die Gesetzesmaterialien für den Artikel 24 sagen, dass die ESMA der Ansicht ist, dass dies eine nicht abschließende Liste ist, dass der, ich meine das ist Erwägungsgrund 27 der Leerverkaufsverordnung, der sagt, dass die Behörden mit einer ausreichenden Flexibilität ausgestattet werden sollen, auf verschiedene Bedrohungen zu reagieren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist es korrekt, dass das Dokument, das ich gerade zitiert habe, und das den Briefkopf der BaFin trägt, von Ihnen verfasst wurde?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das ist gut möglich, dass ich das verfasst habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie sind zur Bewertung gekommen, dass es sich um eine abschließende Liste handelt, korrekt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wenn ich dieses Dokument verfasst habe, kann ich dem so nicht widersprechen. Wir haben auch schließlich die Tatbestandsvoraussetzung des Artikels 24 Absatz 1c bejaht, haben die Maßnahme aber aufgrund der Bedrohung des Marktvertrauens aufgrund einer drohenden weiteren Short-Attacke auf den Artikel 20 an sich gestützt, und haben

uns an der Formulierung des Artikel 24 Absatz 1c angelehnt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Und im Artikel 24 Absatz 1 c wird ja ausgeführt, dass vorliegen muss

erheblicher Verkaufsdruck oder ungewöhnliche Volatilität, die bei Finanzinstrumenten, die sich auf Banken oder andere Finanzinstitute, die als wichtig für das globale Finanzsystem angesehen werden (...) und gegebenenfalls auf öffentliche Emittenten beziehen...

War Wirecard Bank oder Finanzinstitut, das als wichtig für das globale Finanzsystem angesehen werden kann?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Leerverkaufsverordnung definiert den Begriff des Finanzinstitutes nicht; sie verweist auch nicht auf andere Regularien an dieser Stelle. Im Endeffekt haben wir die Voraussetzungen bejaht – nicht für die Wirecard AG und nicht für die Wirecard-Bank AG, sondern wir haben gesagt, dass die Wirecard in der Gesamtschau durch ihre umfangreichen Vernetzungen in der Wirtschaft und im Bankenbereich, durch die Wirecard-Bank AG als Kreditinstitut, und die Wirecard-Solutions, die eine E-Geld-Lizenz hat, dass diese Gesamtverflechtung uns dazu führt, dass wir es unter diesen Tatbestand subsumieren können.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil diese Gesamtverflechtung – Moment, ich bin ja jetzt abschließend eines logischen Gedankens, bitte – weil diese Verflechtung dazu führt, dass Wirecard wichtig für das globale Finanzsystem war – das ist ja hier die eindeutige Voraussetzung. Es geht nicht nur darum, ob es eine Bank oder ein Finanzinstitut ist, sondern „wichtig für das globale Finanzsystem“ – das haben Sie also bejaht?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Diese Voraussetzung bedeutet ja auch, dass die Wirecard, dass es nicht - - Wenn Sie zu dem Beginn der Norm schauen, also zu der Einleitung, die in dem Artikel 24 Absatz 1 steht, dann heißt es, dass dort auch Prognoseentscheidungen getroffen werden können, und dass es sich auch auf andere Instrumente bezieht. Aber im Endeffekt haben wir dies hier bejaht, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Guten Morgen Frau Geilfus, ich will da direkt weitermachen, und will Sie jetzt nochmal fragen. Vergessen wir mal Paragrafen und Rechtsgrundlagen für einen Moment. Ich habe jetzt alles Mögliche gehört, jetzt ging es eben um „Finanzmarktstabilität“, es geht dann mal um „Marktvertrauen“, wir haben auch immer wieder mal „Verbraucherschutz“ gehört. Was war denn jetzt aus Ihrer Sicht – dann geht es um die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen – was war denn jetzt der Grund, warum Sie dieses Leerverkaufsverbot auf den Weg gebracht haben – in ihren eigenen Worten?

Zeugin Marie Christine Geilfus: So, wie ich es vorhin ausgeführt habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie es mir nochmal sagen? Wir gehen auch immer wieder mal raus und sind nicht die ganze Zeit hier. Deswegen würde ich Sie mal bitten, das kurz zu wiederholen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das war eine Gesamtbetrachtung, das waren der gefallene Kursverlauf, die gestiegenen Netto-Leerverkaufspositionen, die negative Berichterstattung, die Historie der Wirecard AG. Und das alles vor dem Hintergrund möglicher manipulativen Praktiken, die

wir von den Kollegen berichtet bekommen haben. In Verbindung mit dem glaubhaftem Hinweis, dass eine weitere Short-Attacke droht, die für uns eine „Bedrohung für das Marktvertrauen“ dargestellt hat, weil sich die Preisfindung, die dann nicht mehr angemessen stattfinden kann - - Weil etwas manipulativ stattfindet, das sich auch auf andere im Sinne von Nachahmungseffekten erstrecken kann.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, also alles so ein bisschen. Sie hatten vorhin mal von „Ansteckungseffekten“ gesprochen, dass das ja einer der Gründe war, „Ansteckungseffekte, die von dieser Aktie ausgehen könnten“. Was war denn empirisch Ihr Befund dafür, dass Sie diese Feststellung getroffen haben?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich meine, ich habe von „Nachahmungseffekten“ gesprochen. Und der Befund dafür war, dass wir in der Vergangenheit gesehen haben, dass bei Short-Attacken die Preisfindung nicht angemessen funktioniert.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo war das? Wo haben Sie das beobachtet in der Vergangenheit?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das war bei vorangegangenen Short-Attacken, zum Beispiel der Zatarra-Short-Attacke. Das war die Wertung, die wir von den Kollegen der Marktmanipulation - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir reden von demselben Unternehmen? Wir reden jetzt nicht irgendwie von anderen Erfahrungen aus dem Markt, die Sie haben, sondern wir reden von dem gleichen Vorgang, nur drei Jahre vorher.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es gab auch Short-Attacken auf Ströer, soweit ich mich erinnere. Und die Wertung der BaFin war, dass eine Preisfindung nicht mehr angemessen ist, wenn sie mit manipulativen Aspekten verbunden ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten hier einen Herrn Wexeler und Herrn Zielke, die wir auch nach Ansteckungs- und Nachahmungseffekten befragt haben, ob sie das mit Blick auf Wirecard, gesehen haben, auch der Kollege Wieland von der Bundesbank – die haben das interessanter Weise verneint. Stichwort „Bundesbank“: Hatten Sie eigentlich telefonischen Kontakt, also am 15. selbst, zu Vertretern der Bundesbank?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, so wie ich das vorhin dargestellt habe, hatte ich Kontakt mit der Bundesbank.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie die Namen nochmal genau, bitte.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich hatte Kontakt mit dem stellvertretenden Hauptgruppenleiter, das ist der Herr Seiler. Und ich hatte Kontakt mit dem Hauptgruppenleiter – oh, jetzt habe ich es verdreht – das ist Herr Hensler*, der Stellvertreter und mit Herrn Seiler, das ist der Hauptgruppenleiter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was hatten die Ihnen gesagt? Und, weil Sie es vorhin schon mal gesagt haben, würde ich Sie bitten, das nochmal zu wiederholen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich meine, ich habe es gesagt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es bestimmt gesagt. Dann war ich entweder unaufmerksam oder war gerade vor der Tür.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich nicht, dass über Ansteckungseffekte gesprochen wurde. Sondern ich erinnere mich, dass Herr Seiler, mit dem wir an dem Abend gesprochen haben, dass er berichtete, dass er den ersten Entwurf der Allgemeinverfügung für verbesserungswürdig hält, dass der mehr begründet werden könnte, dass ordnungspolitische Erwägungen nicht gegeben sind und dass er keine Finanzstabilitätsgefährdung hier sieht. Und, wie ich vorhin berichtete, ist der Hauptfokus in meiner Erinnerung, dass wir dann über die Information der Staatsanwaltschaft informieren wollten, und Herr Seiler bat, diese Informationen auf Leitungsebene zu besprechen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn dieses Argument der „Finanzstabilität“ zu dem Zeitpunkt gesehen? Davor, vor dem Gespräch und auch nach dem Gespräch?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben die Allgemeinverfügung von Anfang an auf das „Marktvertrauen“ gestützt, von dem ersten Entwurf an.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Marktvertrauen“ ist ja kein technischer Begriff.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Er wird auch nicht in der Leerverkaufsverordnung definiert, genau wie „Finanzstabilität“ nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber Artikel 24 Absatz 1c, Herr de Masi hat das ja gerade angesprochen, ich zitiere mal daraus



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

... erheblichen Verkaufsdruck oder ungewöhnliche Volatilität, die bei Finanzinstrumenten, die sich auf Banken oder andere Finanzinstitute, die als wichtig für das globale Finanzsystem angesehen werden, wie in der Union tätige Versicherungsgesellschaften, Marktinfrastruktur-Anbieter und Vermögensverwaltungsgesellschaften, und gegebenenfalls auf öffentliche Emittenten beziehen, eine erhebliche Abwärtsspirale in Gang setzen.

Nicht eine „vermutliche“, sondern das muss passieren. Und das war ja offenbar nicht der Fall. Oder was ist Ihr empirischer Befund, um diese Tatbestandvoraussetzung als erfüllt anzusehen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Norm sagt nicht, dass diese erhebliche Abwärtsspirale bereits stattgefunden hat.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, sagt sie; habe ich Ihnen ja gerade vorgelesen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Sondern sie sagt auch, dass sie stattfinden kann. Wenn Sie in den Anfang der Norm schauen, sagt sie, ich habe den genauen Wortlaut nicht vor Augen, sondern dass sie es kann, oder dass sie es könnte, da sind beide Formulierungen drin. Deswegen haben wir gesagt, es gab Kursverluste, es gab eine erhebliche Volatilität und es besteht die Gefahr, dass dies erneut auftreten kann. So wie ich es schon dargestellt habe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Ihr Befund, dass es droht? Der Herr Hauer hat Ihnen ja vorhin die Zahlen vorgelesen, Stichwort „Volatilität“, also die 22 Prozent bei Wirecard und die 0,3 Prozent beim DAX. Wenn man das umlegt, gewichtet, sozusagen Wirecard

mit 1,15 Prozent auf den Index-DAX, dann reden wir genau von den 0,3 Prozent.

Sie können sich auch kurz mit Ihrem Rechtsbeistand beraten, wenn Sie Zeit brauchen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, ich möchte gerne antworten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war noch gar nicht fertig, ich habe noch keine Frage gestellt. Deswegen sehen wir da keine Volatilität. Und der Kollege von der Bundesbank, der vorhin hier war, dem wir die Charts auch vorgelegt haben, der hat gesagt, „das ist jetzt nicht handwerklich state of the art“.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Bei den Zahlen, um die es vorhin ging, ging es um Zahlen der Kursentwicklung, nicht um Zahlen der Volatilität. Deswegen bin ich gerade ein bisschen verwirrt auf Ihre Frage.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Volatilität ist ja ein Ergebnis von Kursbewegungen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, aber dieses Chart, was Herr Hauer vorhin ansprach, ist ein Chart über die Kursentwicklung, nicht über die Volatilität gewesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, ja das waren die Charts, die bei der ESMA eingereicht wurden, als Grundlage für ihre Entscheidung. Also, Sie reden über Ihr eigenes Ergebnis, und Sie sagen ja „das reicht ja jetzt nicht aus“. Genau deswegen frage ich ja: Wie kommen Sie denn darauf, dass das gereicht hat, diese Grundlage?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es war nicht alles, was wir bei der ESMA eingereicht haben. Wir



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

haben die ESMA voll umfänglich über den Sachverhalt informiert. Neben diesen Charts, die Sie jetzt wiederholt ansprechen, zu dem was Herr Hauer vorhin schon gefragt hatte, oder was ich dazu befragt wurde, haben wir die ESMA auch über den Sachverhalt der Short-Attacke informiert. Es gab Informationen an den ESMA-Chair von Frau Roegele dazu. Es gab Informationen an ESMA-Staff in Vorbereitung dieser Notification of Intent, um die es ging, wo wir gesagt haben, dass Personen, so wie ich es vorhin ausgeführt habe, ersichtlich sind aus den Transaktionsmeldedaten, die vergangenen Short-Attacken zugeordnet werden können. Und es gab auch in dem Entwurf, der im Board of Supervisors zur Abstimmung gestellt wurde, eine Passage, die auf diese Positionen hingewiesen hat, die in der endgültigen veröffentlichten Version dann nicht enthalten waren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn eigentlich selbst im Untersuchungszeitraum mal Wirecard-Aktien gehandelt oder derivative Finanzmarktprodukte?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, das habe ich nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich würde da jetzt nochmal gerne aufsetzen wollen, wo Dr. Bayaz eben war.

Worte – haben wir ja jetzt gelernt – und wie man was darstellt, die können ja eine Menge bewerten. Also sicherlich, dass die Staatsanwaltschaft eigentlich in einer Pool-Position ist, indem sie sagt, „Mensch, wir haben hier Hinweise; das ist mir noch nie untergekommen“ – da bin ich bei Dr. Zimmermann – „sagt das aber wegen Verschwiegenheit mal niemandem weiter“, das ist

schon eine dolle Position. Denn, wenn Sie das nicht gemacht hätten, dann wird die Staatsanwaltschaft natürlich sagen, „wow, wir haben denen das doch gesagt“. In dem Fall jetzt, sagt die Staatsanwaltschaft, „naja, wir haben ja gar keine Ermittlungen eingeleitet“. Also, da muss man sicherlich im Nachgang auch nochmal über die Kommunikation und bestimmte, vielleicht Regelungen für die Zukunft nachdenken. Aber das klingt jetzt genauso, „wir haben die ESMA voll umfänglich informiert, wir haben ihr die Charts rüber gegeben, wir haben die mit eingebunden“.

Herr van Walsum musste dann allerdings auch eingestehen, Sie hätten hinschicken können, was Sie wollen, die müssen das nämlich glauben. Die können auch nicht nachfragen, ob die Informationen so richtig sind. Da sind die noch nicht mal befugt zu, geschweige denn – was ich heute gelernt habe –, selbst wenn die BaFin darauf hingewiesen wird, bei Peer-Reviews, zum Beispiel 2017, „ihr habt da Mängel, stellt die mal ab“, dann sagt – das tat mir fast schon leid – Herr van Walsum, „ja, dann haben wir das Ding gesagt, aber wir dürfen das Ministerium noch nicht einmal informieren, wenn die Mängel nach drei Jahren, wie in dem Fall, noch nicht abgestellt sind“. Man ist da also quasi – Ich habe gesagt: „Das erinnert mich an Eurostar 2004, als man wusste, die Zahlen, die die Griechen eingeliefert haben, zum Beitritt in den Euro, waren falsch, aber alle haben gesagt, ja ist nicht unsere Aufgabe als Eurostar, das zu bewerten“. Wir wussten das, aber wir dürfen das gar nicht. Also haben die dann als wahr angenommen und haben sie dann so weitergereicht“. So ungefähr kommt mir das da auch vor. Warum sage ich das jetzt an der Stelle? Weil jeder irgendwie sagt, „naja, wir haben das doch getan, wir haben die Bundesbank doch informiert“. Herr Zimmermann hat die jetzt als „Nerds“ bezeichnet. Nein, das sind einfach Leute, die konnten noch MINT, ist ja auch nicht mehr heute so häufig. Also, insoweit kann ich da



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

schon bisschen die Frage von Dr. Bayaz verstehen und würde da jetzt nochmal gerne nachhaken wollen, weil mein Eindruck ist eigentlich, wenn ich das jetzt zitiere, was kommt, man war sich bis zum Untersuchungsausschuss, selbst in den Sondersitzungen, eigentlich nicht sicher, was haben wir das jetzt eigentlich gemacht und suchte nach einer Sprachregelung. Ich zitiere da mal, aus den Unterlagen ist nämlich zu entnehmen, dass das BMF auch noch im September Anfragen an die BaFin stellt, die den Umgang mit der Wirecard in der Vergangenheit beleuchten soll, schlechtes Gewissen, immer noch, vielleicht Sprachregelung im BMF. Ihr Referatsleiter, Herr Bußalb, sandte einzelne Bausteine für eine Antwort am 15. September an den BaFin-Kollegen, Michael Weisenfels, Sie waren in cc aufgeführt, das ist MAT A BMF-5.03 Blatt 19 zu entnehmen. In dem Antwortentwurf befindet sich auch folgende Passage zur Begründung des Leerverkaufsverbotes, und das ist jetzt fast, na eigentlich identisch mit dem was Sie uns hier sagen, nämlich,

WA 25: Zum Zeitpunkt der Allgemeinverfügung zum Verbot der Begründung und Vergrößerung von Netto-Leerverkaufsposition gab es ein Zusammenspiel von großen und weiter ansteigenden Netto-Leerverkaufspositionen, erheblichen Kursverlusten, hoher Volatilität und konkreten Hinweisen auf möglicherweise manipulative Short-Attacken. Deshalb musste die BaFin handeln. Es ging nicht dabei darum, die im Raum stehenden Vorwürfe zu bewerten. Der Fokus lag auf dem Schutz des Marktvertrauens im Gesamten, nicht eines Einzelunternehmens.

Auch das eben nachzulesen auf MAT A BMF-5.03 Blatt 20. Können Sie sich an dieses Dokument, das ist ja noch nicht so lange her, erinnern, und waren Sie an der Passage beteiligt? Weil, das ist ja identisch zu dem, was Sie sagen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kann mich jetzt konkret nicht erinnern. Ja, es ist identisch, und es würde mich auch wundern, wenn wir da unterschiedlich sprechen würden. Und sicherlich war ich auch eingebunden; das kann ich mir gut vorstellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, mich würde es nicht wundern, weil Herr De Masi hat das vorhin paar Mal gesagt, und ich glaube auch Kollege Bayaz: es gab schon eine andere Ansicht, sowohl bei der Bundesbank, was jetzt das Leerverkaufsverbot und das mit dem Ins-Benehme-Setzen angeht. Auch das BMF ruderte da noch rum und sagt, und hat – bewusst oder nicht – und meinte, aber auch irgendwie, „naja, eigentlich müsste man die Bundesbank fragen“. Hat man eigentlich noch bis in den September nach einer gemeinsamen Sprachregelung gesucht, damit da nichts anbrennt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, das habe ich nicht so wahrgenommen. Und die Bundesbank hat sich zur Finanzstabilität geäußert – wie ich versucht habe schon mehrfach als Antworten zu sagen – und sagte, so wurde es mir dann berichtet aus den Gesprächen aus der Leitungsebene, dass für eine Maßnahme, die rein auf das Marktvertrauen gestützt wird, die Zuständigkeit bei der BaFin liege.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und warum haben Sie dann trotzdem, liegt das vielleicht – Ich würde jetzt den juristischen Exkurs nämlich dann fortsetzen, weil selbst dann verstehe ich den nicht. Wenn Sie das jetzt so sagen, dann gibt es ja noch den Artikel 26 der EU-Leerverkaufsverordnung, und nach dem war die BaFin verpflichtet, die übrigen zuständigen Behörden in der Europäischen Union über das beabsichtigte Vorgehen zu informieren. Wie aber einem Artikel der Süddeutschen vom 17. März 2019 zu entnehmen ist, haben aber nur 14 der 28 Behörden diese



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Maßnahme unterstützt. Also können Sie uns schildern - -

(Zwischenruf)

Ja aber dann sollte man schon sagen, dann müsste ja Gefahr im Verzug sein und so was. Ich wollte ja noch weiter machen: Können Sie uns schildern, weshalb die BaFin sich dagegen entschieden hat, die Zustimmung der übrigen Mitglieder abzuwarten? Weil, das ist ja schon erheblich, ist ja nur 50 Prozent derer. Und den Artikel 26 haben wir ja bestimmt auch nicht nur als Lametta im entsprechenden Gesetzestext.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Was ich sagen kann, also „zuständige Behörde“ für den Erlass der leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen ist die BaFin in Deutschland. Der Artikel 26 sieht die Beteiligung der ESMA vor; und den Erlass einer ESMA-Opinion zu einer solchen Maßnahme, wie das Abstimmungsergebnis, was Sie eben ansprachen, wird dort im Board of Supervisors getroffen. In dem bin ich selbstverständlich nicht vertreten, da ist die Behördenleitung vertreten. Und wie das konkrete Abstimmungsergebnis ist und warum welches Land wie abstimmt, darüber habe ich keine Kenntnis.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber in dem Zusammenhang zu Ende geführt: § 28 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz gilt doch hier auch, denn es ist ein Erlass eines Verwaltungsaktes, und ich höre deshalb raus, grundsätzlich ist dann eine Anhörung nach § 28 Absatz 1 dieses Verwaltungsverfahrensgesetzes erforderlich, also wörtlich, grundsätzlich ist dann eine Anhörung der Beteiligten, die von diesem Verwaltungsakt betroffen sind – also hier „Leerverkaufsverbot“ – erforderlich. Es kann unter anderem dann von einer Anhörung abgesehen werden, wenn eine sofortige Entscheidung im öffentlichen Interesse oder wegen Gefahr im Verzug notwendig erscheint. Gab es also bei der BaFin die Überlegung

einer Anhörung der Marktteilnehmer, die die Netto-Leerverkaufsoption in Bezug auf Wirecard halten, durchzuführen? Oder haben Sie echt hier „Gefahr im Verzug“ gesehen, damit Sie sagen 50 Prozent der anderen, die hier nach diesem Paragraphen gefragt hätten, ja dann müssen sie, Sie haben es ja eben ausgeführt, da sind wir schon für zuständig. Haben Sie das ausgeblendet?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich bin der Ansicht, dass ich das schon beantwortet habe. Wir haben die Frage selbstverständlich nicht ausgeblendet. Und wenn Sie in die Begründung der Allgemeinverfügung schauen, ist dort auch aufgeführt, warum wir auf die Anhörung verzichtet haben. Es musste, es wurde entschieden schnell zu reagieren und eine Anhörung - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also haben Sie im öffentlichen Interesse Gefahr im Verzug - -

Zeugin Marie Christine Geilfus: Man hätte nicht nur die konkreten Positionshalter anhören müssen, so wie Sie sprachen, sondern hier alle Marktteilnehmer. Und die Begründung, warum wir darauf verzichtet haben, finden Sie in der Allgemeinverfügung. Also, ja, damit hat sich die BaFin auseinandergesetzt, damit haben wir uns auseinandergesetzt, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, aber das heißt in der konkreten Aussage, kurz und bündig, Sie haben Gefahr im Verzug gesehen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben es unter die Nummer 1 des § 28 subsumiert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann Matthias Hauer für die CDU/CSU Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Frau Geilfus: Wenn Sie massive Unsicherheiten an den Finanzmärkten feststellen, ist das dann



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Frage des Marktvertrauens oder der Finanzstabilität, oder von beidem?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Hier in dem Fall, des Marktvertrauens. Wir haben die Allgemeinverfügung rein auf ein - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das habe ich ja nicht gefragt. Ich habe gefragt, ganz abstrakt: Wenn Sie massive Unsicherheiten an den Finanzmärkten feststellen, ist das dann eine Frage des Marktvertrauens, Finanzstabilität, oder beides?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nach meiner Überzeugung kann das beides betreffen. Was es hier in dem konkreten Fall betroffen hat, das habe ich gerade gesagt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau, das ist nämlich ein Zitat gewesen aus der Allgemeinverfügung, in der Begründung. Und ich kann das gut verstehen, dass Sie sagen, es kann beides betreffen. Das sehe ich nämlich auch so. Vielleicht können Sie uns nochmal deutlich machen, wie das Verhältnis von „Finanzstabilität“ zum „Marktvertrauen“ ist.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Für den Artikel 20, der hier die maßgebende Norm war, ist beides gleich stark gewichtet; kann auf eine Bedrohung der Finanzstabilität oder auf eine Bedrohung des Marktvertrauens gestützt werden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber das war nicht die Frage. Also, was muss passieren, damit die Finanzstabilität in Gefahr ist? Und wann ist das Marktvertrauen in Gefahr? Wie grenzen Sie das gegeneinander ab? Tatbestandsvoraussetzungen, Definitionen, sowas.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie gesagt, die Leerverkaufsverordnungen definiert die Begriffe

nicht. Für mich ist bei „Finanzstabilität“ die Funktionsweise des Finanzsystems als solches bedroht. Das „Marktvertrauen“ ist bedroht, wenn die Marktteilnehmer nicht auf die Funktionsfähigkeit vertrauen können, zum Beispiel, weil die Preisfindung nicht angemessen stattfindet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kann das ineinander greifen? Hat das Wechselwirkungen – beides?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das Marktvertrauen kann sicherlich auch eine Rolle für die Finanzstabilität spielen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und anders herum auch?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, kann es mit Sicherheit. Aber man kann die Maßnahmen auch auf eines begründen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja genau, und deshalb wundert mich eben, dass Sie diese Stellungnahme der Bundesbank, Stellungnahme in Anführungszeichen, so ignoriert haben. Wieso haben Sie gesagt, Sie hatten vorhin erwähnt, „für Marktverhalten, da sah sich die Bundesbank angeblich nicht zuständig“. Also der Herr Wieland heute Morgen hat uns sehr detailliert erklärt, warum das alles ganz viel miteinander zu tun hat. Und jetzt sagen Sie auch, da gibt es Wechselwirkung, und „massive Unsicherheiten an den Finanzmärkten feststellbar“, das kann sich auf beides beziehen. Deshalb nochmal die Frage konkret: Inwieweit haben Sie die Ansicht der Bundesbank bei Ihren Feststellungen bewertet?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich ausgeführt habe, gab es keine Stellungnahme der Bundesbank. Es wurden auch keine Unterlagen von der Bundesbank übermittelt. Es gab ein kurzes Gespräch von wenigen Minuten, in dem, meiner Er-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

innerung nach, in dem Detail darüber nicht gesprochen wurde. Und die weiteren Gespräche zwischen BaFin und Bundesbank auf Leitungsebene, an denen habe ich nicht teilgenommen. Ich habe ein Ergebnis berichtet bekommen, von dem ich auch schon berichtet habe. Und das, was – wie ich mich erinnere – Herr Seiler mir gegenüber am Telefon gesagt hat, war eine Begründung aufgrund der „Finanzstabilität“ und nicht aufgrund des „Marktvertrauens“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also dass die Bundesbank hinsichtlich der „Finanzstabilität“ keine Sorge hatte, das war Ihnen nicht bekannt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das habe ich ja gerade nicht gesagt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich weiß, deshalb frage ich es.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Sondern ich habe gesagt, dass die Bundesbank gesagt hat, sie sieht die Maßnahme nicht auf die „Finanzstabilität“ begründet. Dass die Bundesbank auch anhand des Entwurfes gesehen hat – nehme ich an –, dass wir es auf das „Marktvertrauen“ stützen, und dass die Bundesbank im weiteren Verlauf – so wurde mir berichtet – sich für Fragen des „Marktvertrauens“ nicht zuständig gesehen hat, und deswegen gesagt hat, sie gibt keine Stellungnahme ab.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank für die Antwort, das hatte ich alles nicht gefragt. Ich wollte gerne wissen, ob Ihnen bekannt war, dass sich die Bundesbank zum Thema „Finanzstabilität“ eingelassen hat? Zum Beispiel so nach dem Motto „die Lage ist unauffällig“, „es gibt keine Ansteckungseffekte“. Das ist nämlich etwas, was uns der Herr Wieland heute Morgen gesagt hat.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich bereits ausgeführt habe, kann ich mich nicht erinnern, dass etwas zu den „Ansteckungseffekten“ berichtet wurde. Ich kann mich an ein kurzes Statement zu ordnungspolitischen Einordnungen und Begründungen, dass die „Finanzstabilität“ gesehen war, nicht erinnern. Aber es gab in einem Gespräch, an dem ich teilgenommen habe, keine ausführlichen Schilderungen hierzu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber das Thema „Finanzstabilität“ und „Einschätzung der Bundesbank“ kam vor?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, in aller Kürze kam das vor – wie ich gerade schon sagte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und mit welcher Bewertung? Dass sie nicht gefährdet ist, die Finanzstabilität?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Dass die Bundesbank nicht sieht, dass die Maßnahme auf die Finanzstabilität gestützt werden kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil sie nicht die Finanzstabilität für gefährdet sah? Sonst könnte man sie ja darauf stützen, wahrscheinlich.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, so wie ich es schon mehrfach versucht habe zu sagen, hat die Bundesbank gesagt, ihrer Ansicht nach sei die Maßnahme nicht auf die „Finanzstabilität“ zu stützen. Und es ging dann um das „Marktvertrauen“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das habe ich verstanden, dass Sie das so gesagt haben. Ich wollte gerne wissen – und ich glaube das kann man eigentlich mit ja oder nein beantworten –: Hat die Bundesbank die Finanzstabilität für gefährdet gesehen? Ich verstehe jetzt auch gar nicht, was da



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

so dramatisch ist, dass Sie es jetzt mit Ihrem Rechtsbeistand erörtern.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe gerade ein Verständnisproblem, weil ich nicht weiß, was Sie an meiner Antwort nicht verstehen. Meiner Ansicht nach hat die Bundesbank keine Bedrohung der Finanzstabilität gesehen, aber auch die BaFin nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Danke, der erste Teil Ihrer jetzigen Antwort war passend zu meiner Frage, insofern können wir damit arbeiten. Das wundert mich nämlich, dass Sie das so zur Kenntnis genommen haben, dass die Bundesbank nämlich auch nicht die Finanzstabilität bedroht gesehen hat. Gleichzeitig ist uns bewusst – Sie haben es vorhin gesagt, Herr Wieland hat es heute Morgen gesagt –, dass es da sehr starke Wechselwirkungen gab oder gibt, zwischen „Finanzstabilität“ und „Marktvertrauen“. Und deshalb finde ich es irritierend, und am Ende auch widersprüchlich, dass Sie ein Problem am „Marktvertrauen“ sehen, es aber völlig ausblenden, dass die Bundesbank beim Thema „Finanzstabilität“ überhaupt kein Problem sieht. Aber gut, das war jetzt meine Wertung, müssen Sie jetzt nicht mehr kommentieren.

Dann komme ich jetzt zu meinem zweiten Punkt: Bei dem Leerverkaufsverbot, da sind ja mehrere Punkte relevant gewesen, hatten Sie ja geschildert, und einer davon war diese Info von der Staatsanwaltschaft. Da muss ich doch sagen, erstaunt es mich sehr, dass da eine Staatsanwaltschaft bei Ihnen im Hause anruft, Ihnen da einen Vermerk schickt, der Vermerk ist neutral gehalten, also der Sachverhalt ist da drin, aber das ist ja keine Bewertung in diesem Vermerk, also dieser Vorwurf, der im Raum steht, „da wird erpresst“, mit einer Bewertung der Staatsanwaltschaft, dass dem Glauben geschenkt wird vielleicht, oder es für realistisch erachtet wird, was in diesem Vermerk steht – das liegt Ihnen ja noch

nicht einmal schriftlich vor. Das heißt, am Ende ist diese Schlussfolgerung, die Sie ziehen, als BaFin, auf Grundlage eines Telefonats, was Sie noch nicht mal selbst geführt haben, sondern vom Hörensagen. Sie haben sich das nicht schriftlich bestätigen lassen und haben ein Leerverkaufsverbot erlassen, was es so noch nie gegeben hat. Also, ich finde es schon erstaunlich, diese Vorgänge, und deshalb würde ich doch – Ich überlege mir, wenn sowas an mich heran getragen wird, es gibt ja auch viele Staatsanwälte in Deutschland, die machen sicherlich auch an sich einen super Job, aber wenn jetzt irgendein Staatsanwalt bei Ihnen anruft und sagt, „ich habe hier was gehört, das klingt plausibel“, dann erlassen Sie doch nicht sofort ein Leerverkaufsverbot. Da würde ich doch als Erstes mal hingehen und sagen, „schicken Sie mir das mal schriftlich, schreiben Sie, was die Grundlagen sind, das muss ich erstmal prüfen“. Dann würde ich das vielleicht auch mal prüfen auf Plausibilität, oder mit meinen Kollegen von der Bundesbank, und im Haus haben Sie ja auch ein paar Ökonomen. Aber so auf Zuruf, ohne sich das bestätigen zu lassen – Ist das nicht mal hinterfragt worden bei Ihnen im Hause?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Zunächst möchte ich wiederholen, dass wir hier als Team gearbeitet haben, die Kollegen aus der „Marktmanipulation“ und aus der „Leerverkaufsüberwachung“. Hier nicht nur ein einzelnes Stück Papier übersandt wurde, sondern – so wie ich auch berichtet habe – dieses Papier von Wertungen – so wie mir berichtet wurde –, telefonischen Wertungen einer Staatsanwältin und eines Staatsanwaltes begleitet wurden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die Bewertungen gibt es nicht schriftlich? Die gibt es nur aus dem Telefonat? Sind wir uns einig, oder gibt es auch was Schriftliches?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: So wurde mir das von den Kollegen berichtet. Und ich sehe kein Grund, warum ich die Information meiner Kollegen und die Berichte von dieser Wertung in diesem Moment in Zweifel ziehen soll.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja weil Sie am Ende
--

Zeugin Marie Christine Geilfus: Für mich geht es hier – entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche – für mich geht es hier um, nicht die Wertung um Irgendjemand, sondern um die Bewertungen von einer Staatsanwaltschaft, die hier vorgenommen werden. Warum soll ich diese Wertungen bezweifeln?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also erst mal, weil Sie sie nicht selbst zur Kenntnis genommen haben, sondern nur vom Hörensagen. Zweitens, weil sie über das Telefon gekommen ist und für Sie auch nicht nachweisbar ist. Und zum Dritten, weil es bei Telefonaten vielleicht auch mal zu Verständnisschwierigkeiten kommen kann. Denn die Vertreter der Staatsanwaltschaft haben eine etwas andere Wahrnehmung von diesem Telefonat als die Vertreter der BaFin. Gerade um solche Probleme zu umgehen, würde ich mir das doch mal schriftlich kommen lassen, oder würde zumindest irgendwie einen Vermerk anfordern, wo das nochmal drin steht, diese Bewertung. Aber das haben Sie nicht gemacht, oder Sie jetzt im Sinne von „Sie und Ihr Team“?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Mit Sicherheit haben die Kollegen aus der „Marktmanipulation“ hierzu auch etwas vermerkt; das kenne ich nicht. Wie ich aus der Wahrnehmung von den Gesprächen berichtet habe, gab es mehrere Gespräche und mehrere Wertungen dazu, also es gab nicht ein Gespräch. Und ich kann nur wiederholen, dass es für mich in dem Moment, wo mir diese Information übermittelt wird, wo mir mitgeteilt wird von Kollegen, dass sie diese Wahrnehmung

so haben, dass ich kein Grund habe, an den Kollegen und dieser Wertung zu zweifeln.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was waren denn diese „mehreren Wertungen“? Gab es dann also mehrere Telefonate mit mehreren Staatsanwälten, die alle gesagt haben, es gibt eine Erpressung, oder? Sie haben ja gesagt, es gab „mehrere Wertungen“.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Soweit mir berichtet wurde, gab es mehrere Telefonate. Es gab zunächst ein Telefonat mit der Staatsanwältin und es gab ein späteres Telefonat mit dem Staatsanwalt, von denen beiden ich schon berichtet habe, wie mir davon berichtet wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und beide Gespräche enthielten eine Wertung, dass das nämlich ernst zu nehmen sei und Erpressung vorläge?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich gesagt habe: Ich war bei den Telefonaten nicht dabei, ich habe keine eigene Wahrnehmung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was wurde Ihnen berichtet? Sie haben ja gesagt, es gab „mehrere Wertungen“. Das haben Sie gesagt, obwohl Sie nicht dabei waren. Insofern gehe ich davon aus, es ist Ihnen berichtet worden, dass es bei beiden Telefonaten eine Bewertung gab.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es ist mir berichtet worden, dass die Staatsanwältin das ernst nimmt, und es ist mir berichtet worden, dass der Staatsanwalt die Wertung auch nicht in Frage stellt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Von der Staatsanwältin oder seine eigene Wertung?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Von den Kollegen der „Marktmanipulation“. Ich war doch nicht dabei bei dem Telefonat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich weiß, dass Sie nicht dabei waren. Ich frage nur, was Ihnen berichtet wurde. Aber Sie hatten gesagt, beide hätten eine Wertung vorgenommen und jetzt hörte sich das ein bisschen anders an. Nämlich jetzt haben Sie gesagt, „die Staatsanwältin hat eine Wertung vorgenommen und der Staatsanwalt hat die Wertung nicht in Frage gestellt“. Habe ich das richtig wiedergegeben?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich war nicht dabei.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, aber Sie haben das gerade berichtet. Ich habe ja Sie zitiert jetzt gerade. Wer hat denn eigentlich gesagt, dass das „geheim“ ist, also dass es nicht weiter getragen werden soll – die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nach meiner Wahrnehmung der Berichte der Kollegen aus der „Marktmanipulation“ hat das die Staatsanwältin gesagt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und der Staatsanwalt hat das nicht gesagt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe an dem Telefonat nicht teilgenommen.

(Zwischenruf)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie bitte, ich habe es nicht verstanden, Ihr Rechtsbeistand hat dazwischen geredet.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe an dem Telefonat nicht teilgenommen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage die ganze Zeit, was Ihnen berichtet wurde. Was wurde Ihnen berichtet: Wer hat gesagt, es sei eine Information, die Sie nicht weitertragen dürfen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es wurde mir berichtet von den Kollegen der „Marktmanipulation“. Und sie haben das von den Gesprächen mit der Staatsanwaltschaft berichtet. Ich kann es keinem konkreten Staatsanwalt oder einer konkreten Staatsanwältin konkret zuordnen, weil ich nicht dabei war bei den Gesprächen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, das wurde Ihnen nicht berichtet. Okay, dann sind wir da schon einmal einen Schritt weiter gekommen. Dann würde mich noch interessieren: Sie hatten ja vorhin von Ihren Gesprächen mit BMF berichtet, da sei die Info dann an den Herrn Krüger gegangen. Das habe ich richtig wahrgenommen, oder?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann sei es weitergegangen an den Herrn Franke.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe gesagt, dass Herr Krüger sagte, er gibt das weiter. Wann und ob er es weitergegeben hat entzieht sich meiner Wahrnehmung.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, also Sie wissen jetzt nicht, ob es an Herrn Franke gegangen ist, an Herrn Kukies, an Herrn Scholz oder an wen auch immer? Können Sie nicht sagen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das kann ich Ihnen nicht sagen, nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist Ihnen auch nicht mal zugetragen worden später? Wer da im Haus des BMF mit diesem Thema befasst wurde?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Im Untersuchungszeitraum habe ich das nicht, nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Na ist ja auch eine Antwort. Ist eigentlich mal ein milderer Mittel geprüft worden, bei Ihnen im Hause, als das Leerverkaufsverbot? Vielleicht ein anderes, verhältnismäßigeres Mittel?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben überlegt, wie die Maßnahme ausgestaltet werden kann. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten. Man hätte ja auch ein Verbot gedeckter Leerverkäufe erlassen können, anstatt ein Netto-Leerverkaufspositions-Verbot. Darüber haben wir diskutiert und haben uns für das Netto-Leerverkaufspositions-Verbot entschieden, weil man hier noch handeln kann, es sei denn, man baut eine Netto-Leerverkaufsposition auf oder erhöht eine bestehende. Es gab auch Gespräche mit der Referatsleiterin des Marktmanipulationsreferates über eine mögliche Handelsaussetzung, gestützt auf Artikel 6, was verneint wurde, weil da der Verdachtsgrad der Marktmanipulation überschritten sein muss. Und das sind die Sachen an die ich mich hier erinnere.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ein konkretes Vorgehen gegen die Manipulatoren – ist das auch mal erörtert worden, unabhängig davon, dass man jetzt ein Leerverkaufsverbot erlässt? Man kann ja auch gegen die, die manipulieren direkt vorgehen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Dafür müsste man meines Erachtens ja wissen, wer hinter der angedrohten Short-Attacke konkret steht. Und ich kann mich nicht an ein konkretes Gespräch dazu erinnern. Aber ich war auch, wie ich berichtete, in Beginn der, oder in die initialen Gespräche, an dem 15. Februar 2019 nicht eingebunden. Und für Fragen zur Marktmanipulation und Vorgehen zu dieser, wären wahrscheinlich

die Kollegen aus der „Marktmanipulation“ die besseren Ansprechpartner.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist es eigentlich mal bei Ihnen erörtert worden, dass dieses Leerverkaufsverbot wahrgenommen wird auf dem Markt als ein Parteieregreifen für das Unternehmen Wirecard?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben von Anfang an klargestellt, dass die BaFin mit diesem Verbot nicht Wirecard schützt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist im Markt nur ganz anders angekommen, also wurde uns mehrfach von Verschiedenen hier berichtet, dass das Leerverkaufsverbot so wahrgenommen wird, dass die BaFin Partei ergreift für Wirecard und sich schützend vor Wirecard stellt, um gegen die bösen Leerverkäufer vorzugehen. Aber das war jetzt keine Frage, gebe ich zu. Aber die nächste Frage folgt sogleich. Das bringt mich nämlich zu der Frage, wie denn die generelle Position der BaFin zum Thema „Leerverkäufe“ ist?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich bereits ausgeführt habe, ist meine persönliche Meinung, dass Leerverkäufer an sich eine wichtige Funktion an den Kapitalmärkten haben, dass sie die Liquidität steigern, dass sie zur Preiseffizienz beitragen und dass ein Eingehen von Short-Positionen oder auch ein Eingehen von Netto-Leerverkaufspositionen nichts ist, was zu werten ist, sofern den entsprechenden Transparenzanforderungen entsprochen wird. Sobald manipulative Aspekte hinzu kommen, ist das aber etwas anderes. Aber mein Eindruck ist – mein persönlicher Eindruck, und auch nicht der Eindruck für die BaFin – ist, dass Shortseller nicht in irgendeiner Art und Weise als negativ wahrgenommen werden.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hat die BaFin dazu eine andere Position als Sie? Weil Sie es jetzt so ausdrücklich sagen, ist meine eigene aber nicht die der BaFin. Ist die von der BaFin anders?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich sage das so ausdrücklich, wie ich hier als Person sitze. Und nein, meine Wahrnehmung für die BaFin ist keine andere.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das ist auch mit dem BMF so abgestimmt? Das BMF sieht es auch so? Oder gibt es da keine Gespräche dazu, mit dem BMF seitens der BaFin?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das weiß ich nicht. Das ist mir nicht bekannt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, dann weiter in der nächsten Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Ja, ich würde nochmal versuchen jetzt danach aufzusetzen, mich - - Mögliche Fragen auch zu „Widerspruchsverfahren gegen das Leerverkaufsverbot“: Nach dem Erlass des Leerverkaufsverbotes hat es nämlich mehrere Widerspruchsverfahren gegen diese Allgemeinverfügung der BaFin gegeben, unter anderem ein Widerspruch der Kanzlei Allen & Overy vom 14. März 2020 nachzulesen auf MAT A BMF-6.04 Blatt 346 ff. Am 12. April 2019 schrieben Sie die Referatsleitung von ZR 2, Rechtsreferat für WA Wertpapieraufsicht und die Kompetenzstelle für Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht, an, dass dem Widerspruch aus Sicht des Fachreferates nicht abgeholfen werden könne, da die Allgemeinverfügung rechtmäßig sei. Nachzulesen ist dies auf MAT A BMF-6.04 Blatt 345. Wie intensiv haben Sie sich mit dem rechtlichen Vortrag der Widerspruchsführer auseinandergesetzt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe diesen Vortrag, nachdem er mir zur Bearbeitung übergeben wurde, gewürdigt. Ich habe mich mit den Argumenten auseinandergesetzt, die hier in der Widerspruchsbegründung, die, soweit ich mich erinnere, deutlich nach der Einlegung des Widerspruchs vorgebracht wurden, eingereicht wurden und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass die Allgemeinverfügung rechtmäßig ist und dem Widerspruch nicht abzuhelpen ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also haben Sie im Rahmen des Widerspruchsverfahrens eine erneute Überprüfung der Rechtmäßigkeit der getroffenen Maßnahme vorgenommen, oder – dann jetzt Ihren Ausführungen zufolge – oder eher nicht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe, als ich den Nichtabhilfebescheid gefertigt habe, mir selbstverständlich den Ausgangsbescheid angeschaut und überprüft, ob die Argumente und die Tatbestandsvoraussetzungen so immer noch vorliegen, und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass das der Fall ist, und dem Widerspruch nicht abzuhelpen ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: In der Widerspruchsbegründung, ich fand das ganz interessant, der Kanzlei Allen & Overy nachzulesen, auf MAT A BMF-6.04 Blatt 351 ff., wird unter anderem dezidiert dargelegt, weshalb die Aktienkursentwicklung keine ernstzunehmende Bedrohung für die Finanzstabilität oder das Marktvertrauen darstellte. Inwiefern haben Sie diese Ausführung bei Ihrer erneuten Überprüfung berücksichtigt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich bereits mehrfach dargestellt habe, war im Erlasszeitraum, Erlasszeitpunkt, der Kursverlust nicht das einzige Kriterium. Und das war er auch nicht, als ich den Nichtabhilfebescheid erstellt und die Widerspruchsbegründung geprüft habe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann habe ich keine weiteren Fragen. Frau Kiziltepe, bitte.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte nochmal zurückkommen auf die Staatsanwaltschaft. Wir hatten Frau Bäumler-Hösl ja hier, die Oberstaatsanwältin. Und sie hat uns das – nach ihren Erinnerungen sehr lückenhaft – auch berichtet, wie das Ganze war. Ich habe mir immer die Frage gestellt, warum hat die Staatsanwaltschaft eigentlich, wenn es Erpressungsvorwürfe gab, nicht ermittelt, sondern diese Vorwürfe an die BaFin gerichtet? Sie hatte gesagt, „wir hatten keinen Anfangsverdacht“. Und die Staatsanwaltschaft hätte erwartet, dass die BaFin diesen Anfangsverdacht erkennt und Anzeige erstattet, aufgrund dieser Vorwürfe. Ist das ein übliches Vorgehen aus Ihrer Sicht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Sie meinen Anzeige erstattet wegen Erpressung? Die BaFin ist ja keine Strafverfolgungsbehörde. Erpressung ist ja kein Tatbestand, den die BaFin prüft. Und wegen Marktmanipulation ist ermittelt worden, soweit ich Kenntnis habe. Für die Fragen müssten Sie die Kollegen aus dem Marktmanipulationsreferat fragen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gut, dann möchte ich auch nochmal hin zum zweiten Leerverkaufsverbot oder Versuch, da auch was zu erreichen. Es gibt einen Brief der Rechtsanwaltskanzlei Bub Memminger, vom 17. Juli, das ist MAT A Wirecard-1, und hier steht drin, dieser Brief richtet sich an die Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl, und hier wird nochmal gesagt, dass eine weitere Short-Attacke ansteht. Sie können das gerne durchlesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Zeit ist gestoppt.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kenne das Schreiben so nicht. Ich würde vermuten, dass dies im Referat WA 23 für Marktmanipulation vorliegt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Hier steht nämlich am Ende

... wir wären Ihnen herzlich dankbar, wenn die Staatsanwaltschaft München I, gegebenenfalls über oder mit der Bundesanstalt für Finanzdienstaufsicht, alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzt dagegen vorzugehen. (?)

Sie haben jetzt gesagt, Sie kennen das Schreiben nicht, vielleicht ist das bei der Abteilung Marktmanipulation gelandet. Ich möchte Sie trotzdem fragen: Wieso geht hier Wirecard immer wieder auf die Staatsanwaltschaft zu und nicht direkt auf die BaFin?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das ist eine Frage, die ich Ihnen nicht beantworten kann, weil ich Ihnen die Beweggründe der Wirecard - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Was ist üblich, wenn Unternehmen Short-Attacken befürchten? Sollten sie sich dann mit ihrem Anliegen an die BaFin wenden?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich nicht, dass sich Emittenten an das Referat WA 25 gewandt haben, was eine Short-Attacke angeht. Aber – wie ich vorhin versucht habe kurz darzustellen – ist eine Short-Attacke im Sinne der Marktmanipulation, ja etwas, was nicht in dem Referat bearbeitet wird, in dem ich tätig bin.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber das Ziel in diesem Schreiben, worauf die hinwollen, ist ja ein weiteres Leerverkaufsverbot zu erreichen. Das heißt,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihre Kollegen von der Marktmanipulation hätten Sie ja informieren müssen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich weiß nicht, ob sie das hätten müssen, weil es an die Staatsanwaltschaft gerichtet ist. Ich kann nur wiederholen: Ich kenne dieses Schreiben nicht. Ich sehe das gerade zum ersten Mal.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Wissen Sie, ob die Staatsanwaltschaft sich dann wiederum an die BaFin gewandt hat oder nicht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Darüber habe ich keinerlei Kenntnis.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann gibt es hier eine Eingabe an die BaFin und einen Antwortvorschlag – ach so, das wird wahrscheinlich auch bei Ihren Kollegen gelandet sein. In dieser Eingabe wird ein Antwortvorschlag formuliert, und dieser Antwortvorschlag mit einem vertraulichen Vermerk auch weitergeleitet an das BMF. Und in einem Absatz, hier in diesem vertraulichen Teil an das BMF steht nämlich

Die Veröffentlichung der FT könnte im Zusammenhang mit einem Vorfall aus dem Juli 2019 stehen. Am 17.07.2019 wurde die BaFin durch die Staatsanwaltschaft München I über die Aufzeichnung eines Gesprächs informiert, nach der eine Gruppe von Personen von der FT über eine bevorstehende negative Berichterstattung der FT informiert gewesen sein soll und vor diesem Hintergrund beabsichtigt hat, über Strohleute Shortpositionen in Bezug zu der Wirecard AG aufzubauen.

In diesem Absatz wird ja deutlich, dass sich die Staatsanwaltschaft München I erneut mit einem

Anliegen an die BaFin gewendet hat. Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie Sie eingangs vermutet haben, scheint das eine Zulieferung zu betreffen, die nicht aus meinem Referat kommt, sondern aus dem Referat für Marktmanipulation. Insofern kann ich Ihnen hierzu nichts sagen, tut mir leid.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke schön. Dann möchte ich zum Zatarra-Vermerk kommen. Sie haben dazu am 11. Mai 2016 einen Vermerk geschrieben, das ist die MAT A BMF-4.04 Blatt 267, und Auslöser für diesen Vermerk war ein Spiegel-Artikel, mit dem Titel „Wette auf den Absturz“. Könnten Sie darlegen, welche Verdachtsmomente Sie gegen die Autorin des Zatarra-Berichtes hatten?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Meine Rolle bei der Erstellung des Vermerkes war nicht das Verfassen aller Abschnitte dieses Vermerkes. Ich war hier die Person, die bestimmt wurde, verschiedene Teile der BaFin in einem Dokument zusammenzufügen. Der Bericht besteht, meines Wissens nach, aus einem Teil zur Leerverkaufsüberwachung, aus einer Wertung zu Netto-Leerverkaufspositionen. Es gibt dort auch Teile zur Marktmanipulation, die ich nicht geschrieben habe, die geliefert wurden, die abgezeichnete Zulieferungen von der dortigen Referatsleitung waren. Und genauso gibt es dort einen Teil zur Bilanzkontrolle, die aus dem Referat für Bilanzkontrolle kam. Meine Tätigkeit hier war – so funktioniert das in der BaFin, wenn man als Bearbeiter bestimmt wird, Vermerke zusammenzustellen –, dass man die Teile, die nicht aus dem eigenen Referat kommen, die mit den entsprechenden Referatsleitungen abgestimmt sind, übernimmt. Und diese als solche werden bei dem Übernehmen nicht gewertet und nicht bearbeitet, sondern man gibt das dann weiter. Also, was ich



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

damit sagen möchte, dass da mein Name als Bearbeiter am Rand steht, heißt nicht, dass ich diesen Bericht insgesamt verfasst habe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Können Sie uns dann sagen, aus welchem Referat das kommt, diese Einschätzung dazu?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Einschätzung zur Marktmanipulation, die kommt aus dem Referat WA 23 und zur Bilanzkontrolle aus dem Referat WA 15.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, danke. Dann schreiben Sie in Ihrem Vermerk auch in einem Absatz

Auffällig ist, dass die Verdächtigen [sic!] Personen (darunter neben natürlichen Personen auch anglo-amerikanische „Hedge Fonds“) dem Anschein nach einen recht einheitlichen kulturellen Hintergrund haben.

Woher haben Sie diese Information und wieso schließen Sie eigentlich von einer gemeinsamen Nationalität auf einen kriminellen Zusammenhang hin?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich bin nicht die Verfasserin dieses Teils dieses Vermerkes. Und wie ich gerade ausgeführt habe, habe ich den übernommen. Dieser Teil stammt von dem Referat WA 23. Insofern kann ich Ihnen keine Hintergründe dazu liefern, warum und wie das so formuliert wird. Ich distanzieren mich selbst aufs Äußerste von jeglicher Diskriminierung und mir persönlich tut es leid, dass diese Formulierung hier so gewählt wurde. Aber ich habe sie nicht verfasst.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wieso haben Sie diese Formulierung übernommen und nicht kritisch hinterfragt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wenn man solche Berichte zusammenfasst, ist es nicht die Aufgabe, die Wertungen, die von anderen Referaten abgestimmt geliefert werden, zu hinterfragen, sondern die Aufgabe ist, diese zu nehmen und zusammenzufügen. Ich erinnere mich nicht mehr an die konkrete Bearbeitung. Dieser Vorgang hat in jüngster Zeit ja eine Rolle gespielt, deswegen habe ich mir ja auch die Akte für die Vorbereitung nochmal angeschaut. Und mir ist dabei aufgefallen – also ich nehme an, meistens erfolgen diese Konsolidierungen unter einem gewissen Zeitdruck, so dass da auch gar nicht die Möglichkeit bestünde, groß Sachen zu überprüfen – und mir ist aufgefallen, dass ich diesen Abschnitt wahrscheinlich nicht mal mehr gründlich gelesen haben muss, weil da sind Tippfehler drin. Mir ist zum Beispiel ein fehlendes Genetiv-S direkt im ersten Absatz aufgefallen, als ich das jetzt gelesen habe. Aber ich kann nur wiederholen, ich bin nicht die Verfasserin und ich habe das nicht geschrieben, und es ist nicht meine Aufgabe, bei einer Konsolidierung an - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Wissen Sie, welcher Kollege das geschrieben hat?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich weiß es jetzt aus der Aktendurchsicht. Ich weiß, dass es sich aus der Akte ergibt, von wem das kommt, und wenn Sie darauf bestehen, kann ich Ihnen gerne im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung den Namen auch nennen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann wollte ich Sie noch fragen, wo dieser Vermerk genau gelandet ist im Ministerium, das war ja 2016, oder? Genau, 2016. Ist dieser Vermerk bei Herrn Finanzminister Schäuble oder Herrn Spahn gelandet? Für wen war dieser Vermerk?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Der Vermerk ist von der Arbeitsebene des BMF angefordert worden und dorthin habe ich ihn zugeliefert. Was im BMF damit passiert ist, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Cansel Kiziltepe (SPD): Gab es denn Reaktionen auf diesen Vermerk mit den Kollegen aus der Arbeitsebene?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich meine, es wurde sich kurz bedankt für die Zulieferung der Antwort. An weitergehende Sachen oder Reaktionen habe ich keinerlei Erinnerung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, dann hat als nächstes das Wort Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. Ich will nochmal die Frage stellen, die der Kollege Hauer gestellt hatte: Was wissen Sie über die Personen im Bundesfinanzministerium, die mit dem Vorgang der Leerverkaufsverbote am 15. Februar 2019 befasst waren?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich geschildert habe, hatten wir Kontakt auf Arbeitsebene an dem Mittag des 15. Februar 2019, haben das BMF darüber informiert, dass wir überlegen, eine solche Maßnahme zu erlassen. Ich habe dann in Abstimmung mit Frau Roegele den Entwurf, den ersten Entwurf der Allgemeinverfügung am frühen Abend des 15. Februar an das BMF übermittelt, an Frau Wimmer und Herrn Franke und die Arbeitsebene in cc. Danach gab es das Gespräch mit Herrn Krüger, über das ich auch schon berichtete habe, in dem wir die Informationen und die Wertung der Staatsanwaltschaft übermittelt haben. Und das waren die Sachen, in die ich eingebunden war.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber der Kollege Hauer hatte doch gefragt, was Sie wissen, über die Frage, wer im BMF, welche Ebene damit im Nachhinein befasst war, also nicht alleine Ihre persönliche Rolle. Ich habe ja sehr gut zugehört, da müssen Sie sich keine Sorgen machen, sondern die Frage, „was Ihr Kenntnisstand ist“, „welchen Weg der Vorgang im BMF genommen hat“, das war die Frage, die Sie vorhin noch nicht beantwortet haben. Die frage ich nochmal.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich vorhin ausgeführt habe, habe ich zu dem damaligen Zeitraum keinerlei Kenntnis gehabt, was mit den Informationen im BMF passiert ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, aber heute. Sie sind ja heute hier. Ich frage Sie, was Sie heute für eine Kenntnis haben.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Kenntnis, die ich dazu habe, ist nicht im Untersuchungszeitraum, wie ich vorhin drauf verwiesen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich frage ja nun nach dem 15. Februar 2019; und der ist ja wohl im Untersuchungszeitraum. Und deswegen frage ich Sie nach Ihrer heutigen Kenntnis, wer am 15. Februar 2019 innerhalb des BMF noch befasst worden ist? Das kann ja überhaupt keine Diskussion sein, dass Sie dazu antworten müssen. Also es kann nicht auf die Frage ankommen, dass - -

RD Robert Fritz (BMF) : Herr Vorsitzender, ich bitte um das Wort. Herr Vorsitzender ich bitte um das Wort.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

RD Robert Fritz (BMF): Ich muss darauf hinweisen, dass das sehr wohl Diskussion sein muss, weil die Kollegin nicht als Sachverständige geladen ist, wie Sie das aus dem Finanzausschuss



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

kennen, als Fachbeamtin, sondern als Zeugin. Und sie hat die Aussagegenehmigung zum Untersuchungsgegenstand im Untersuchungszeitraum auszusagen, und Sie können sie nur nach Ihren Kenntnissen im Untersuchungszeitraum fragen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Meinung bin ich dezidiert nicht. Und ich erhalte meine Frage auch aufrecht. Es geht mir nicht darum, wann und aus welchem Anlass Sie gegebenenfalls nach Einsetzung dieses Ausschusses, unter welchen Umständen Sie das erfahren haben. Das interessiert mich alles überhaupt nicht. Sondern Sie sitzen heute hier als Zeugin und können Ihren Wissensstand ja nicht künstlich unterteilen in Sachverhalte, die Sie vor oder nach dem 8. Oktober erfahren haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir beraten uns hier kurz und dann entscheiden wir.

(Unterbrechung von
1:20 Uhr bis 1:21 Uhr)

Ich versuche, eine Brücke zu bauen: Frau Geilfus, haben Sie den Kenntnisstand, den Sie uns anscheinend mitteilen könnten, das ist mein Eindruck, vor dem 1. Oktober 2020 erlangt oder danach?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Deutlich danach.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Deutlich danach?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, deutlich danach.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mit all den Ausführungen, die wir gemacht haben, deutlich danach? Da bleiben Sie bei?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, deutlich danach, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann bin ich bei dem Kollegen Fritz, dass das tatsächlich die Zeugin nicht zu beantworten hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, akzeptiere ich jetzt für den Moment, wenn das der Vorsitzende so sieht, und frage weiter: Haben Sie Kenntnis gehabt, am 15. Februar 2019, dass in der BaFin, und zwar im Bereich der Geldwäschaufsicht, eine Verdachtsmeldung eingegangen ist, die sich auf die Personen, Jan Marsalek und Markus Braun bezogen hat?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, ich arbeite nicht in der Geldwäsche und ich habe darüber keine Kenntnis gehabt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, meine Hoffnung war ja, dass die Allfinanzaufsicht in der Tat auch eine Allfinanzaufsicht ist. Aber das war jetzt die Hoffnung, die schon schwächer geworden ist in den letzten Wochen. Haben Sie, jetzt gehen wir mal in die Wertpapieraufsicht, haben Sie am 15. Februar 2019 gewusst, dass just am 15. Februar, am selben Tag, die BaFin die DPR beauftragt hat, die Richtigkeit der Bilanzen der Wirecard AG zu prüfen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich persönlich habe das zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat Frau Roegele das mal erwähnt, im Untersuchungszeitraum, dass sie damit befasst war am 15. Februar?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kann mich nicht erinnern, dass das Gegenstand der Besprechung war. Möglicherweise war das Teil der Besprechung an dem Vormittag, an der ich nicht teilgenommen habe. Aber ich war, wie gesagt, nicht immer in alles eingebunden.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben ausgeführt, warum Sie jetzt irgendwie den Markt nicht angehört haben zum Leerverkaufsverbot. Warum haben Sie denn den Emittenten nicht angehört? Das ist ja nur ein Unternehmen und das kennt man auch, und das wäre ja auch möglich gewesen, zeitlich.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Mir erschließt sich nicht, warum wir den Emittenten anhören sollten. Es ging uns nicht um den Schutz der Wirecard, wie ich ausgeführt habe, sondern es ging um den Schutz des Marktvertrauens. Und Ihrer Frage folgend hätte man doch dann alle Emittenten des deutschen Marktes anhören müssen, oder nicht?

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben ja mit praktischer Unmöglichkeit argumentiert, was ja ein bisschen mit der Größe der Gruppe zusammenhängt. Also, ich stelle mal fest, es gab keine Rückfragen an Wirecard, die ja auch das vermeintliche Erpressungsoffer waren, abgesehen davon, also, gab es nicht, ja?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Meiner Kenntnis nach gab es die nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, dann würde ich Sie gerne nochmal direkt fragen: Ihnen ist berichtet worden, dass es auch mindestens ein Telefonat gab, am 15. Februar, mit Frau Bäuml-Hösl, also Sie sagen immer die Staatsanwältin, das ist ja wohl Frau Bäuml-Hösl. Ist Ihnen das so berichtet worden?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, so wie ich es bereits beantwortet habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich habe auch schon gehört, dass Sie - - Aber die Nachfrage lohnt sich, denn ich will Ihnen nochmal vorlesen, was Frau Bäuml-Hösl hier am 29. Januar

zu Protokoll gegeben hat. Das Protokoll, Seite 46, da hat Dr. Jens Zimmermann gefragt

... Also, 7.30 Uhr kam der Anruf, und Sie haben das Ganze um 8.55 Uhr an die BaFin geschickt, gefaxt. Und wie ging es dann weiter? Hatten Sie da einen telefonischen Kontakt mit der BaFin?

Zeugin Hildegard Bäuml-Hösl:
Ich nicht, mein Mitarbeiter, der Herr Bühning.

[...]: Und was wurde da besprochen?

fragte Kollege Zimmermann,

[...]: Das weiß ich nicht mehr im Detail, das müssen Sie ihn selber [fragen]. Ich weiß es nicht.

So, und dann weiter:

... Dr. Jens Zimmermann: Aber hat das vielleicht jemand anders von Ihnen angeregt? Sie haben ja mit der BaFin nicht telefoniert, haben Sie gerade gesagt.

Zeugin Hildegard Bäuml-Hösl:
Nein, ich habe nicht mit der BaFin telefoniert.

Haben Sie irgendeine Erklärung dafür? War es vielleicht eine andere Staatsanwältin, die mit Herrn Kimmer oder jemand anders gesprochen haben könnte? Oder haben wir hier heute einfach einen Widerspruch, der heute Abend nicht mehr aufzulösen ist?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe, wie ich gesagt habe, ja selbst an den Gesprächen nicht teilgenommen. Meine Wahrnehmung ist, dass es ein Gespräch dazu gab, wie ich es ausgeführt habe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, also dann haben wir tatsächlich hier ein echten Widerspruch. Dann würde ich Ihnen gerne nochmal vorlesen, was die BaFin geschrieben hat, an die ESMA im Zuge der Begründung zum Leerverkaufsverbot, MAT A BMF-4.04 Blatt 46, es ist ein englisches Dokument, ich lese mal ein Satz vor:

... In the current situation there is the risk that this uncertainty regarding a fair price determination could extend to other issuers, including DAX-issuers or financial institutions.

Das ist sozusagen - - Also, es wird mit „Ansteckung von DAX-Emittenten oder Finanzinstituten“ argumentiert. Warum hat das nicht mit Finanzstabilität zu tun? Warum hat die BaFin dazu auf eine Stellungnahme der Bundesbank verzichtet, wenn Ansteckungseffekte doch Teil der Begründung waren?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Meiner Meinung nach werden hier gerade - - oder müssen hier Sachen auseinandergehalten werden. Warum die Bundesbank auf eine Stellungnahme verzichtet hat, hatte ich Ihnen aus der Erinnerung von den Berichten der Gespräche dargelegt. Und ich habe ebenfalls gesagt, dass wir Nachahmungseffekte befürchtet haben, in Folge einer erfolgreichen Short-Attacke.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich darf Ihnen nur mitteilen, dass die Bundesbank heute großen Wert darauf gelegt hat, dass nicht sie verzichtet hat, sondern die BaFin auf die Einholung einer Stellungnahme verzichtet hat. Also auch da haben wir einen Widerspruch. Die Bundesbank hat übrigens intern geschrieben, MAT A Bundesbank-3.02 Blatt 67:

... Auch eine Granger-Kausalitäts-Analyse konnte nicht zeigen,

dass der Aktienkurs von Wirecard für die Entwicklung anderer Finanztitel kausal ist.

Hat Sie denn diese Information auf informellem Wege erreicht, dass die Bundesbank Nachahmungseffekte gerade positiv geprüft und auch verneint hat? Hat Sie diese Information unterhalb der Stellungnahme auf informellem Wege erreicht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich bereits mehrfach versucht habe zu sagen, erinnere ich mich an das Gespräch, an das kurze Gespräch, was aus wenigen Minuten bestand, unter dem Aspekt, dass mitgeteilt wurde, dass die Begründung als noch nicht ausreichend angesehen wird, dass sie ein bisschen dünn ist, als dass ordnungspolitische Erwägungen keine Begründung oder Bedrohung der Finanzstabilität zulassen. Ich erinnere mich nicht, dass in diesem Gespräch über „Nachahmungseffekte“, „Ansteckungseffekte“, wie auch immer gesprochen wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und über das Gespräch hinaus? E-Mails?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich mehrfach gesagt habe, es gab keinen - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie müssen das nicht bei jeder Antwort sagen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es gab keinen schriftlichen Austausch dazu, zwischen Bundesbank und BaFin, in den ich involviert war oder den ich gesehen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. Hier zunächst sei voraus geschickt: Also, wenn ich die rechtliche Bewertung hier richtig verstanden habe, ist es so, dass wenn wir einen Zeugen haben, der uns morgen mitteilt, der morgen erfährt, wo Herr Jan Marsalek ist oder die 1,9 Milliarden Euro, dann dürfen wir diese Information hier nicht verwenden. Das finde ich eine sehr abenteuerliche rechtliche Interpretation. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir diese Frage klären lassen werden. Und wenn wir zu einer anderen Beurteilung kommen, wird die Zeugin sich wieder hier befinden und das wird sehr unangenehm, da möchte ich nur drauf hinweisen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. Ganz kurz, nein, nein, nein, nein. Sie haben jetzt eine Feststellung getroffen, wir haben uns hier beraten, dann will ich auch gerne ausführen warum wir zu der Entscheidung kommen. Es geht rein darum, dass die Zeugin dann auf diese Frage nicht antworten muss, sie kann dieses natürlich tun, und in Ihrem Beispiel, wenn es so wäre, dann könnte natürlich morgen das beantwortet werden, wo Herr Marsalek ist. Und wenn er beispielsweise in Berlin ist, dann können wir auch diese Information verwerten, und ich glaube, wir werden sie auch verwerten. Es ging rein darum, dass wir eben, nochmals – auch für das Protokoll, bevor das im Raume hier so stehen bleibt, da habe ich nämlich immer ein großes Problem mit – wir haben befunden, und ich habe auch deutlich nachgefragt, ist dem so. Und die Zeugin hat klar auf meine Frage erwidert, „deutlich nach dem 1. Oktober“ habe sie davon erfahren. Und dann kommen wir, das können wir auch klären, aber ich lasse trotzdem sowas, wir sind öffentlich, nicht im Raum stehen. Weil gerne setzen sich auch urbane Mythen und entsprechende Ansichten fest. Und da kommen wir hier zum übereinstimmenden Ergebnis, und das diskutieren wir auch gerne, und dann werden wir das Ergebnis auch nochmal öffentlich dann hier entsprechend kundtun. Und wir sind in guter Abwägung

zu diesem Ergebnis gekommen und alles andere dann in der Obsteleunde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau, ich habe nichts anderes gesagt, als „wir lassen das rechtlich klären“. Und das ist unser gutes Recht.

So, dann möchte ich Sie fragen, Frau Geilfus, vielleicht gibt es da noch ein paar Fragen, die Sie beantworten möchten, zum Beispiel, ob Sie Kenntnis davon erlangt haben, dass die Staatsanwaltschaft sich gegen eine Handelsaussetzung der Wirecard-Aktie ausgesprochen hat?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich, dass mir mein Kollege, Herr Kimmer, berichtet hat, dass die Staatsanwaltschaft einer - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, es ist gerade ein bisschen unruhig. Können Sie nochmal ansetzen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich, dass mir mein Kollege, Herr Kimmer, berichtet hat, dass die Staatsanwaltschaft gegenüber einer Handelsaussetzung ablehnend, also dass sie eine Handelsaussetzung ablehnend gegenüberstand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Ist die Staatsanwaltschaft üblicherweise mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen betraut, wie zu entscheiden, ob man eher eine Handelsaussetzung vornimmt oder ein Leerverkaufsverbot? Oder ist das nicht Aufgabe der BaFin?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe über meine Wahrnehmung berichtet an dieser Stelle. Und nicht die Überlegung - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja gut, ich habe Sie aber jetzt danach gefragt, ob das nach Ihrer



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kenntnis üblicherweise die Aufgabe der BaFin oder der Staatsanwaltschaft ist, über solche Maßnahmen zu entscheiden? Das war meine Frage, und nur die brauchen Sie beantworten.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Entscheidung über ein Leerverkaufsverbot fällt in die Zuständigkeit der BaFin. Dieses trifft die BaFin.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und auch die Entscheidung über eine Handelsaussetzung?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das kommt drauf an, welche Art von Handelsaussetzung Sie meinen. Es gibt verschiedene Kompetenzen für Handelsaussetzungen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Hat die Staatsanwaltschaft Kompetenzen zur Handelsaussetzung?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nicht soweit ich weiß.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das ist doch eine klare Antwort. Die Staatsanwaltschaft hat sich gegen etwas ausgesprochen, für das sie gar nicht zuständig ist.

Gut, dann möchte ich Sie gerne fragen: Wir haben eine Zuschrift erhalten, nach der Anfang 2015 auf Veranlassung des Verwaltungsrats der BaFin eine Organisationsuntersuchung durch Sopra-Steria durchgeführt wurde, und von der BaFin im Geschäftsbereich Wertpapieraufsicht eine pauschale Einsparung von 16 Prozent der Arbeitskraft verlangt wurde. Können Sie das bestätigen? Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich an eine Organisationsuntersuchung. An konkrete Ergebnisse habe ich keine Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist es zutreffend, dass im Rahmen dieser geschilderten Organisationsuntersuchung die Aufsichtsintensität in einem „Bereich Wertpapieraufsicht“ entsprechend heruntergefahren wurde, und dass die folgenden Organisationsuntersuchungen bis heute andauern, nämlich alle Abteilungen im Geschäftsbereich „Wertpapieraufsicht“ zwei Mal jährlich an die zuständige Executivdirektorin Repriorisierungsvorschläge unterbreiten müssen, welche Aufgaben künftig nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr wahrgenommen werden sollten? Ist das zutreffend?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es ist zutreffend, dass es diese Repriorisierungsaufgaben gibt, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Daraus schließe ich, dass Sie unter Umständen die Aufgaben, die einer Wertpapieraufsicht obliegen, zum Beispiel fundierte Analysen anzustellen, wie jetzt hier im Fall von Wirecard, gar nicht mehr ordnungsgemäß durchführen können. Oder was habe ich mir unter Repriorisierung vorzustellen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel sagen, was das Referat, in dem ich tätig bin, auf diese Repriorisierung gesetzt hat: das ist eine Überarbeitung eines Aufsichtskonzeptes.

Fabio De Masi (DIE LINKE): „Überarbeitung eines Aufsichtskonzeptes“ – und was darf ich mir darunter vorstellen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ein Aufsichtskonzept legt fest, wie in diesem Fall die Meldepflichtigen zu überwachen sind. Und das wird regelmäßig überprüft und dann eben auch repriorisiert, ob dies so geleistet werden kann und geleistet werden muss.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich dachte immer, dass sich Ihr Auftrag eigentlich aus den gesetzlichen Aufgaben ergibt. Aber gut, ich komme später nochmal darauf zurück, wird nochmal interessant. Dürfte ich von Ihnen wissen, wann aus Ihrer Sicht, eine „Störung des Marktvertrauens“ vorliegt? Also doch nicht nur, wenn ein einzelner Wert betroffen ist, sondern wenn ein gewisser Ansteckungseffekt unterstellt wird. Ist das korrekt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Also, eine „Störung des Marktvertrauens“ kann meiner Meinung nach auch schon dann betroffen sein, wenn ein einzelner Wert betroffen ist und die Befürchtung besteht, dass Nachahmungseffekte auch für andere Emittenten bestehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): „Nachahmungseffekte“ – genau. Und in dem Zeitraum, in dem eben diese fragliche Erpressung im Raum stand, aus der Sie Nachahmungseffekte abgeleitet haben, weil auch Bloomberg in die Berichterstattung einsteigen würde, gab es sechs Veröffentlichungen der Financial Times innerhalb von zwei Wochen. Und hat das an irgendeiner Stelle einen Einfluss auf den Markt oder zu irgendwelchen Nachahmungseffekten geführt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Mit der Leerverkaufsverfügung haben wir die Veröffentlichung und den Inhalt der Veröffentlichung der Financial Times nicht gewürdigt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Die Befürchtung stand doch im Raum, dass Bloomberg in eine Berichterstattung einsteigt, also dass dann Short-Attacken darauf einsteigen, und daraus würden sich dann Nachahmungseffekte ergeben. Habe ich das richtig zusammengefasst? Und ich frage mich, warum ein einzelner Beitrag von Bloomberg Auslöser für etwas sein kann, was sechs Artikel der Financial Times innerhalb von zwei Wochen nicht geschafft haben.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe das, wenn ich mich erinnere, anders dargestellt. Ich habe ausgeführt, wie die mehreren Fakten, die zusammen gekommen sind, die zu dem Netto-Leerverkaufspositions-Verbot geführt haben. Ich habe ausgeführt, dass im Zusammenhang mit Veröffentlichungen der Financial Times zu beobachten war, dass die Netto-Leerverkaufspositionen gestiegen sind, dass sie deutlich gestiegen sind.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also allein der Anstieg einer Netto-Leerverkaufsposition aufgrund eines Artikels ist schon ein Hinweis auf eine Störung des Marktvertrauens?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die insgesamt Situation und die, wie ich gesagt habe, die Kursverluste, die gestiegene Volatilität, die angestiegenen Netto-Leerverkaufspositionen, die aus der Vergangenheit bekannten Short-Attacken gegen die Wirecard im Zusammenhang mit - - Jetzt lassen Sie mich das auch bitte kurz fertig sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie in irgendeinem relevanten Umfang – analog zur Bundesbank – eingehende Analysen angestellt und können Sie die hier darlegen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege De Masi? Gucken Sie kurz auf die Zeit?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich sage doch gerade gar nichts mehr.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Leerverkaufsverordnung gibt keine konkreten Methoden vor, mit denen das festgestellt wird. Ich habe Ihnen dargelegt, was wir ausgewertet und was wir analysiert haben, und kann Ihnen auch gerne noch zu, zum Beispiel, den einzelnen Netto-Leerverkaufspositionen gerne mehr sagen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann als nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Geilfus, eine Runde zurück: Sie haben bejaht, dass im Februar 2019 Wirecard für das Finanzsystem wichtig gewesen ist. Da habe ich Sie richtig verstanden? Vielleicht können wir die Zeit anhalten? Ich springe nochmal eine Runde zurück: Sie haben erklärt, dass im Februar 2019, dass Sie da die Frage bejaht haben, dass Wirecard wichtig für das Finanzsystem gewesen ist. Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich berichtet habe, nicht die Wirecard AG, sondern Wirecard in der Wahrnehmung als Ganzes.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es akustisch nicht verstanden: „sondern - -,“?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich berichtet habe, nicht die Wirecard AG, sondern Wirecard als Ganzes, mit den Verflechtungen, mit den Tochterunternehmen, mit der Banklizenz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wichtig für das Finanzsystem?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das haben wir in Anlehnung an den Artikel 24 1c, der keine festen quantitativen Kriterien vorgibt, festgestellt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ein kurzes „ja“ hätte mir gereicht, dass ich Sie richtig verstanden habe, aber gut. Denn das ist ja auch ein wichtiger Punkt, um jetzt die Tatbestandsvoraussetzungen Artikel 24 1c auch wirklich zu erfüllen, Die Frage, ob Wirecard wichtig für das globale Finanzsystem war, ist ja natürlich auch eine Frage, die aus dem Blickwinkel der Finanzstabilität wichtig ist. Deswegen hat

die Bundesbank ja genau den Punkt geprüft. Ich lese Ihnen das mal kurz vor, aus der Stellungnahme:

20:30 Uhr: F

also Finanzstabilität

steuert eine weitere Bewertung bei:

ich zitiere

Exzessive Preisbewegungen und Spillover-Effekte auf andere Marktteilnehmer ...

also Nachahmer und Ansteckung, das steht hier nicht, das habe ich jetzt hinzugefügt

... erscheinen daher unwahrscheinlich. Auch ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens im Vergleich zu anderen Finanzinstituten eher gering. Die Ausführungen der BaFin zu möglichen Verwerfung werden daher zumindest bezweifelt.

Wir haben hier in dem Untersuchungsausschuss den CEO der Wirecard Bank, Herrn Wexeler, gefragt, ob Wirecard als Ganzes, nicht nur die Bank, als Ganzes, so wie Sie es gesagt haben, bedeutend für das Finanzsystem war. Und er hatte gesagt, dass das natürlich nicht der Fall ist, hat fast gelacht, ich sage das jetzt mal so ein bisschen flapsig, aber so war die Reaktion. Deswegen möchte ich von Ihnen jetzt nochmal erklärt haben, man kann über die Methodik streiten, aber einen wirklichen Befund muss es ja geben, wie Sie auf die Idee damals kamen, dass Wirecard als Ganzes irgendwie für das globale Finanzsystem relevant sein soll.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich ausgeführt habe, haben wir die Allgemeinverfügung auf die Ermächtigungsgrundlage des Artikel 20 Leerverkaufsverordnung direkt gestützt, auf die „Bedrohung des Marktvertrauens“.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir erklären, wie Sie darauf kamen, dass Wirecard für das globale Finanzsystem relevant gewesen sein soll?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Diese Feststellung als solche und die Subsumtion unter den Artikel 24 1c ist nicht Gegenstand der Allgemeinverfügung gewesen. Und wenn Sie sehen, wie wir die Allgemeinverfügung begründet haben - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie, das war jetzt nicht meine Frage. Wir haben als erstes - - Als ich den Frageblock begonnen habe, haben Sie mir die Frage bejaht, und zwar noch einmal, dass Wirecard als Ganzes für das globale Finanzsystem wichtig gewesen ist. Und jetzt habe ich Sie gefragt, wie Sie mir erklären können, nachdem ich jetzt Bundesbank, Herrn Wexeler, Herrn Zielke, wir haben eine lange Liste an vielen anderen Leuten, Marktteilnehmer, die tagtäglich Märkte beobachten, mit Leuten sprechen, gibt es Ansteckungseffekte, alle möglichen Modelle fahren usw., all diese Leute haben uns das quasi anderes bescheinigt. Und jetzt frage ich Sie, ob Sie, das ist jetzt mein vierter Versuch - - Wie ich schon einmal gefragt hatte: Würden Sie jetzt sagen, wie Sie auf die Idee kamen, dass Wirecard irgendwie für das globale Finanzsystem relevant gewesen sein soll?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Erwägungen waren, wie ich ausgeführt hatte, auch wenn Sie das nicht hören möchten, dass Wirecard insgesamt Verflechtungen hat, wirtschaftliche Verflechtungen im In- und im Ausland, und das es die entsprechende - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist doch keine Antwort auf die Frage, ob das relevant für das Finanzsystem gewesen ist. Ich komme aus dem Ländle, ein schwäbischer Mittelständler hat auf der ganzen Welt irgendwie einen globalen Footprint. Und man würde nicht auf die Idee kommen, zu sagen, die sind irgendwie relevant für die Finanzstabilität oder dergleichen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben die Maßnahme auch nicht mit der Finanzstabilität begründet, Herr Bayaz. Nein, haben wir nicht. Die Maßnahme ist auf das Marktvertrauen, auf die Bedrohung des Marktvertrauens gestützt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie - -

Zeugin Marie Christine Geilfus: Doch, die ist auf die Bedrohung des Marktvertrauens gestützt. Und so ist es auch in der Allgemeinverfügung niedergelegt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also entschuldigen Sie, weil Sie haben jetzt die Frage so oft beantworten müssen, ich glaube von mehreren Teilnehmern, jetzt kann man sagen, entweder sind wir alle schwer von Begriff, oder wir haben alle ein Problem, diese Widersprüchlichkeit aufzulösen. Ich habe den Eindruck, letzteres ist der Fall. Deswegen haben wir da jetzt auch immer wieder mal nachgefragt. Aber ich glaube, zufriedenstellend ist das an der Stelle nicht.

Wir gehen trotzdem weiter: Sie sagten ja auch, dass Sie Angst hatten, oder ich weiß nicht mehr, ob das Ihre Wortwahl war, aber dass Sie befürchtet haben, dass dieses Phänomen von Short-Attacken sich auf andere Emittenten ausbreiten könnte? Und wenn Sie sagen, dass Sie Angst da-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

vor hatten, dass das sich auf andere Marktteilnehmer ausbreiten könnte – gab es denn irgendwelche Marktteilnehmer, außer Wirecard, die Ihnen diese Sorge mitgeteilt haben? Haben Sie mit Marktteilnehmern dazu gesprochen? Wie kamen Sie zu der Annahme? Also, es muss ja auch dafür einen Befund geben.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich denke, ich habe dazu ausreichend ausgeführt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Sie bitten, meine Frage zu beantworten. Entschuldigen Sie, wir sitzen hier seit 16 Stunden, es kann auch mal sein, dass an mir was vorbei geht. Dann würde ich Sie einfach bitten, das nochmal dann zu wiederholen. Soll ich Ihnen die Frage nochmal vorlesen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, ich habe die Frage noch im Kopf, danke.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich ausgeführt habe, war die Thematik der Short-Attacken, so wie ich es in Erinnerung habe, eine große Thematik in dem damaligen Zeitraum. Also gab es auch andere Emittenten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit denen haben Sie gesprochen? Also woher haben Sie diese Information?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich konkret habe nicht gesprochen. Und ich habe versucht, schon mehrfach, aufzuzeigen, dass eine manipulative Short-Attacke und Fragen zu konkreten manipulativen Short-Attacken nichts ist, was in den Bereich fällt, in dem ich arbeite, dass deswegen ein Team gebildet wurde, zum Erlass dieser Maßnahme.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dieses Team hat mit Marktteilnehmern gesprochen? Diese Information muss ja irgendwo her kommen. Das denken Sie sich ja nicht aus.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, das denke ich mir nicht aus. Das ist die Wahrnehmung der BaFin, die zu diesem Zeitpunkt bestanden hat, und die für mich so erinnerlich ist, in diesem Moment. Und konkrete Fragen zu konkreten Short-Attacken beantwortet Ihnen sicher gern die Kollegin aus der „Marktmanipulation“, die hier auch noch Zeugin ist, soweit ich weiß.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die kommen auch noch alle, genau. Aber ich wollte es jetzt von Ihnen wissen, weil Sie haben immer wieder über diese Ansteckungseffekte referiert. Und ich frage Sie danach, welchen Befund es dazu gab, welche Hinweise. Und Sie können mir diese Frage nicht beantworten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie soll die Frage so beantworten, wie sie die wahrnimmt. Aber ich kann den Kollegen Bayaz und unsere Verzweiflung auch ein bisschen - - Um das mal darzulegen: Wir hatten jetzt ja schon Herrn Kimmer da, und da wird natürlich auch hin- und her verschoben. Und dann hat man manchmal den Eindruck, Herr Kimmer hat vielleicht damals das Eine oder Andere nicht gesagt, was wir ihn – aus heutiger Sicht, vielleicht im Gespräch auch mit Ihnen – hätten fragen sollen. Deswegen kann ich da auch dem Kollegen Bayaz ein bisschen beipflichten, an der Stelle, und habe da auch großes Verständnis, dass er natürlich auch ausleuchten möchte, an der Stelle. Wer hätte es denn in dieser Teamleistung, das haben wir ja alle verstanden, ich habe das hier auch schon mitgesungen, ja das war eine Teamleistung - - Aber was wäre denn passiert wenn Frau Geilfus beispielsweise, „nein, da gehe ich nicht mit“, oder dass andere im Team das gesagt hätten. Und das könnte ja dann in der nächsten Verhörrunde passieren, dass Sie sagen,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

„naja, wenn Frau Geilfus da nein gesagt hätte, dann hätten wir es ja nicht gemacht, das war ja eine Teamleistung“. Deswegen ist das schon wichtig, und deswegen bin ich da auch bei der Frage großzügig, dass man sagt, „im Team redet man ja auch mal miteinander“. Und dann kann der andere ja auch mal erläutern, warum er was wie sieht, und das haben Sie ja dann sicherlich wahrgenommen. Also, insoweit kann ich da die Verzweiflung auch ein bisschen nachvollziehen. Gut, nach den Erläuterungen gucke ich zu den Kollegen der CDU/CSU. Bitte schön, Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. Frau Geilfus, habe ich es richtig verstanden, dass, - akustisch war es sehr leise, deshalb habe ich es nicht verstanden, als der Kollege De Masi gefragt hatte beim Thema „Ansteckungsrisiko“ - - Haben Sie ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien gesehen, als BaFin?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben befürchtet, dass die manipulative Praxis der Short-Attacke sich auf andere Emittenten fortsetzt, erweitert von diesen, nicht von den Emittenten, sondern von Marktteilnehmern, von dann manipulativ und negativ tätig werdenden Short-Sellern wahrgenommen wird für andere Emittenten, und möglicherweise auch DAX-Emittenten und Emittenten mit einem Finanzinstituts-Hintergrund, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also ja?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, aha. Und das haben Sie dann seitens der BaFin der ESMA gemeldet?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir hatten es ja vorhin auch vorgelesen, wir hatten diese Befürchtung - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also ja.

Zeugin Marie Christine Geilfus: - - auch im Notifizierungsformular aufgenommen, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aha, okay. Es wundert mich nach wie vor, weil die Bundesbank das diametral anders eingeschätzt hat und auch ja dokumentiert hat. Ich komme nochmal zurück auf Ihr Verhältnis zum Bundesfinanzministerium: Da hatten Sie ja vorhin gesagt, Sie hatten diesen Entwurf der Leerverkaufsverordnung übersandt, etwa zeitgleich, wo Sie das auch übersandt haben, auch der Bundesbank, Das haben Sie per E-Mail übersandt. Haben Sie da noch irgendwas anderes mit übersandt oder nur diesen Entwurf?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Soweit ich mich erinnere, nur den Entwurf der Allgemeinverfügung, jeweils.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Und da war auch noch irgendwie ein Begleittext dabei, oder? Haben Sie das irgendwie kommentiert? Oder war das alles vorher telefonisch geklärt mit dem Herrn Krüger?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Soweit ich mich erinnere, habe ich in der E-Mail geschrieben, dass „wie angekündigt, der angekündigte Entwurf der Allgemeinverfügung nun übersandt wird“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist später nochmal etwas an das BMF übersandt worden? Vielleicht noch irgendwelche Informationen oder Dokumente oder Daten oder Ihre ökonomische Analyse vielleicht?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Von mir ist nichts übersandt worden. Ich erinnere mich, dass Frau Roegele das BMF über das Abstimmungsverfahren - also über die Notifizierung an ESMA - über das Abstimmungsverfahren und über das Ergebnis informiert hat, und dann auch über die endgültig erlassene Allgemeinverfügung, die sie dann dem BMF am Montag, den 18. Februar, übermittelt hat. Weitere Dokumente haben wir in diesem Stadium nicht übermittelt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber diese Korrespondenz mit der ESMA – die ist dem BMF dann vor dem Leerverkaufsverbot, bevor es erlassen wurde, zugegangen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es ist nicht die Korrespondenz mit der ESMA übermittelt worden, sondern, soweit ich mich erinnere, hat Frau Roegele darüber informiert, dass die ESMA, dass die Notifizierung an ESMA stattgefunden hat, und dass das ESMA-Verfahren angestoßen ist, dass dieses Abstimmungsverfahren stattfindet und von dem Ergebnis berichtet. Die Dokumente selbst sind dem BMF nicht übermittelt worden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hatte sie das telefonisch gemacht oder per E-Mail? Wissen Sie das?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Soweit ich mich erinnere, gibt es dazu E-Mails.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Und das war vor dem Erlass des Leerverkaufsverbots? An dem Wochenende nehme ich an, oder?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das war an dem Wochenende, an dem das Verfahren zum Erlass der ESMA-Opinion stattgefunden hat. Also, ja, an dem Montag, den 18. Februar, wurde die Maßnahme erlassen. Die endgültige Allgemeinverfügung wurde dann dem BMF übermittelt. Aber ja, das war davor.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich wundere mich nur. Ich frage deshalb da so ein bisschen penetrant, weil es eine Antwort der Bundesregierung gibt, aus der hervorgeht, ich zitiere:

Der Bundesregierung wurde von der BaFin am 15. Februar 2019 der Entwurf der Allgemeinverfügung zum Leerverkaufsverbot zugesandt. Weitere Unterlagen zum geplanten Leerverkaufsverbot hatte die Bundesregierung vor Erlass des Verbots nicht erhalten.

Und das ist ja ein Widerspruch zu dem, was Sie gerade sagen, weil Sie eben sagen, dass es noch eine E-Mail zumindest gab, die diese ESMA-Dinge beinhaltete. Gut, ich stelle nur fest, dass es ein Widerspruch ist zu dem, was die Bundesregierung hier mitgeteilt hat. Ist ja immer interessant, wenn man parallel mitliest, was der Parlamentarische Staatssekretär Schmidt so twittert während man hier tagt. Und ist ja nett, wenn er noch Anregungen gibt und positiv der Bundesregierung widerspricht.

RD Robert Fritz (BMF): Ich bitte erneut kurz um das Wort.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe es nicht verstanden, nochmal.

RD Robert Fritz (BMF): Ich bitte nochmal kurz um das Wort.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte schön, Herr Fritz.

RD Robert Fritz (BMF): Im Wege des rechtlichen Gehörs, was ich ja hier auszuüben habe, möchte ich mitteilen, dass ich kein Widerspruch sehe. Die Zeugin hat ausdrücklich gesagt, dass keine Dokumente zur ESMA-Kommunikation vorgelegt



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

worden sind. Und die Antwort der Bundesregierung auf dieses Fragewesen ist richtig. Ein Widerspruch ist nicht vorhanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Na, dann geht es weiter, würde ich sagen. Ich finde es erstaunlich, dass die Bundesregierung hier die Bewertung der Zeugenaussage direkt vornimmt. Ich sehe es nach wie vor anders. Ich kann es jetzt gerne auch bewerten. Auch eine E-Mail ist eine Unterlage zum Leerverkaufsverbot. In der Antwort der Bundesregierung ist von „keinen Unterlagen“ die Rede. Insofern wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, das auch vollständig mitzuteilen, seitens der Bundesregierung und des BMF. So, weiter geht es.

Welche ökonomischen Analysen sind aus Ihrer Sicht erforderlich, dass sie eingeholt werden, vor Erlass eines Leerverkaufsverbots?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ausgeführt, legt die Leerverkaufsverordnung keine Analysen fest. Sie bestimmt auch nur qualitative und keine quantitativen Kriterien.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe nicht nach dem Inhalt der Leerverkaufsverordnung gefragt, sondern ich habe Sie gefragt, welche ökonomischen Analysen aus Ihrer Sicht erforderlich sind, um über ein Leerverkaufsverbot zu entscheiden. Ich meine, Sie arbeiten ja in der Abteilung, die dafür zuständig ist.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Aus meiner Sicht folgt daraus, dass da ja keine ökonomischen Analysen zwingend vorgeschrieben sind.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Haben Sie welche durchgeführt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben die bereits mehrfach erwähnten Auswertungen der Kurse, der Volatilität der Netto-Leerverkaufspositionen durchgeführt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie uns etwas zu dem Begriff der Kovarianz erläutern?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, das kann ich nicht. Ich bin Juristin und keine Ökonomin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wissen Sie, ob die Kovarianz der Wirecard-Aktie mit anderen DAX-Titeln bei der Beurteilung der Ansteckungsrisiken durch die BaFin einbezogen wurde?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, das kann ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Warum wurde eigentlich im Jahr 2016 kein Leerverkaufsverbot erlassen? Wie unterschied sich die Situation damals zur Situation im Februar 2019?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die unterschied sich ganz deutlich und maßgebend dadurch, dass wir zum einen keine - - in diesem Zeitraum die Anstiege der Nettoleerverkaufspositionen nicht als auffällig gewertet haben. Und dass zudem der – für mich hier entscheidende – Faktor einer weiteren drohenden Short-Attacke, auf die wir von der Staatsanwaltschaft aufmerksam gemacht wurden, dass der gerade in diesem Zeitraum nicht vorlag.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie denn 2016 ökonomische Analysen durchgeführt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich nicht, dass 2016 der konkrete Erlass einer leerverkaufsbeschränkenden Maßnahme erörtert wurde, für die Wirecard.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die Leerverkaufspositionen, die können Sie doch wahrscheinlich ohne die ökonomische Analyse gar nicht festgestellt haben, oder?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Netto-Leerverkaufspositionen werden der BaFin durch ein elektronisches System gemeldet. Dieses elektronische System kann diese aggregieren, so dass wir diese jederzeit abrufen können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): 2016 hatten Sie auch Kontakt zum BMF – und da haben Sie geschrieben, ich zitiere:

Daher sind „Short-Attacken“ zulässig, wenn es sich dabei um gedeckte Leerverkäufe handelt.

Können Sie uns das etwas näher erläutern?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kann diese konkrete Passage gerade nicht zuordnen. Wäre es möglich, dass ich diese - -

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt.)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Selbstverständlich, können wir die Zeit bitte anhalten. Das ist nur für das Protokoll, MAT A BMF-4.04 Blatt 276. Ich habe das für Sie angekreuzt; das Kreuzchen ist von mir. Jeder nur ein Kreuz.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich sehe, dass hier das Wort „Short-Attacken“ in Anführungszeichen gesetzt ist. Das heißt, ich werde damals den Begriff nicht im Sinne der Marktmanipulation benutzt haben. Deswegen habe ich ihn in Anführungszeichen gesetzt, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, können Sie die bitte erläutern, die Aussage? Also, Sie haben den

Begriff nicht so gemeint wie er da steht; deshalb steht er in Anführungszeichen. Das habe ich jetzt Ihrer Aussage entnommen. Aber ich habe jetzt noch nicht verstanden, was Sie mit dem Satz sagen wollten.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Der Absatz sagt, dass Leerverkäufe dann erlaubt sind, wenn sie gedeckt sind. Dann wird ausgeführt, warum oder auf welche Art und Weise eine Deckung möglich ist. Und dann führe ich aus, dass gedeckte Leerverkäufe in Anführungszeichen keine Short-Attacken sind. Und damit meine ich, dass es zulässig ist, einen gedeckten Leerverkauf zu tätigen, weil er nicht dem Artikel 12 widerspricht. Aussagen zur Marktmanipulation treffe ich in meiner Funktion nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, gut, dann können wir das Dokument wieder zurückholen. Wann genau ist eigentlich die Entscheidung für das Leerverkaufsverbot gefallen, zu welchem Zeitpunkt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Meiner Erinnerung nach ist die gefallen, nachdem die ESMA eine positive Opinion beschlossen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, können Sie das irgendwie benennen, Tag, Uhrzeit?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Am Sonntagabend nach 18.00/19.00 Uhr circa, also nachdem das Ergebnis der Abstimmung im BoS über die ESMA-Opinion feststand. Und die Entscheidung habe nicht ich getroffen, die Entscheidung zum Leerverkaufsverbot hat Frau Roeggele getroffen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Wissen Sie, ob das BMF da einbezogen war in diese Entscheidung?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Soweit ich weiß, war das BMF nicht einbezogen. Der Kontakt mit dem BMF beschränkte sich auf die Punkte, die ich Ihnen bereits ausgeführt habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie sagen, soweit Sie wissen, war das BMF nicht einbezogen. Das heißt, haben Sie da mit jemandem drüber gesprochen, ob das BMF mit einbezogen war? Sonst könnten Sie ja gar nichts dazu sagen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich bin in den E-Mails, die Frau Roegele an das BMF gesandt hat, cc gesetzt worden. Und daher gehe ich davon aus, dass außerhalb dieser E-Mails nichts mit dem BMF besprochen wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie wissen nicht, ob außerhalb der E-Mails etwas mit dem BMF besprochen wurde, oder? Also, Sie schließen daraus, dass Sie in den E-Mails in cc waren, schließen Sie jetzt, dass es keine Telefonate gab zum Beispiel.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, das schließe ich daraus, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das finden Sie sachgerecht, dass Sie das daraus schließen? Also, ich finde jetzt nicht, dass man davon ausgehen kann, nur weil einer bei E-Mails in cc ist, dass es keine Telefonate gibt. Ich finde das nahezu sogar abwegig, das zu schließen. Ich finde es in Ordnung, wenn Sie sagen, Sie wissen es nicht. Aber zu sagen, es war nicht so, nur weil Sie an sich in cc genommen werden bei E-Mails, finde ich jetzt ein bisschen eigenartig. Möchten Sie da - -

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich hatte zu Beginn gesagt, „meiner Kenntnis nach nicht“. Und dann habe ich Ihnen begründet, woraus ich das

schließe. Aber ich habe zu Beginn gesagt, „meiner Kenntnis nach ist das nicht mit dem BMF abgestimmt“.

Matthias Hauer (CDU/CSU): „Meiner Kenntnis nach nicht“ und „ich weiß es nicht“ ist ein Unterschied. Gut, aber ich merke schon, Sie wollen das nicht weiter erörtern. Das fragen wir an anderer Stelle nochmal weiter. Dieses Gespräch von Herrn Kimmer mit der hessischen Börsenaufsicht über eine mögliche Handelsaussetzung – hat das bei Ihren Überlegungen eine Rolle gespielt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich bin nicht sicher, ob Herr Kimmer bei dem Gespräch teilgenommen hat. Ich erinnere mich, dass Frau Roegele von dem Gespräch berichtet hat und für mich war klar, dass eine Handelsaussetzung der BaFin nicht in Betracht kommt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Weil es, wie ich auch gesagt habe, ein weitaus strengerer Markteingriff ist, der keinerlei Handel mehr erlaubt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie uns nochmal - - Weil, da sind wir vorhin stehen geblieben, bei dem Wochenende 16. bis 17. Februar. Da haben Sie ja bis morgens um 2.20 Uhr, also ungefähr wie jetzt, die finale Version der Verbotsverfügung versandt. Können Sie sagen, was da an diesem Wochenende passiert ist?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich meine, ich habe das schon geschildert, ganz zu Anfang. Um 2.20 Uhr ist keine finale Version der Allgemeinverfügung verschickt worden. Können Sie konkretisieren, was Sie meinen?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. So, einmal stoppen bitte. Also, ich habe hier eine E-Mail von



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen an verschiedene Adressaten von Sonntag,
2.20 Uhr

Liebe Kolleginnen,

bitte finden Sie anbei die finale
deutsche Allgemeinverfügung.

Als Hilfestellung ist ebenfalls an-
gehängt die Notification (ohne An-
hänge) an ESMA.

Die abgestimmte Sprachregelung
wird Ihnen Frau Schuchardt schi-
cken.

Wie besprochen können Sie mich
(und Frau Weik-Ludewig als back-
up) für Rückfragen erreichen.

Grüße

Marie Christine Geilfus

Zeugin Marie Christine Geilfus: Sie meinen
14.20 Uhr. Ich war jetzt auf 2.20 Uhr in der
Nacht, deswegen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich auch, weil
hier steht 2.20 Uhr aber vielleicht haben Sie auch
ihr E-Mail-Fach anders eingestellt, ich weiß es
nicht. Also, hier steht, Sonntag, 17. Februar 2019,
2.20 Uhr, also 2, nicht 14.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das habe ich an
Frau Schuchardt geschickt, die Presse-Referentin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): De los Santos Lo-
renzo.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ah okay, jetzt ja.
Nein, dann kann ich es jetzt tatsächlich einord-
nen. Das ist die Kollegin aus dem Sprachen-
dienst, der wir die Allgemeinverfügung zur Über-
setzung geschickt haben. Ich kann mich nicht
mehr erinnern bzw. ich hatte das gerade nicht
mehr parat, wann wir da den Sprachendienst ein-
bezogen haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das war auch nur
die Einleitung, daher weiß ich, dass Sie bis 2.20
Uhr da offensichtlich nachts an dieser Allge-
meinverfügung gearbeitet haben. Aber mich hatte
ja vielmehr interessiert, was bis dahin passiert
ist. Es ist ja kein normaler Zustand, dass Sie
Sonntagmorgens um 2.20 Uhr noch irgendwas
ausarbeiten. Können Sie bitte schildern, mit wem
Sie da Kontakt hatten. Oder haben Sie da in Ih-
rem Büro gesessen und das alles ganz alleine ge-
macht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, das habe
ich sicher nicht. Es gab an dem Samstagabend bis
in die frühen Morgenstunden, also bis kurz nach
2 Uhr Kontakte mit der ESMA.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ach so, Sie hatten
dann in der Nacht noch mit der ESMA Kontakt –
per E-Mail?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, mit
ESMA-Staff, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie da noch
ein bisschen Substanz dran bringen? Was haben
die gesagt, wo war das Problem?

Zeugin Marie Christine Geilfus: In der Nacht
ging es darum, dass wir irgendwann einen Ent-
wurf der ESMA-Opinion übermittelt bekommen
haben, und uns diesen kurz ansehen konnten.
Der wurde, meine ich, kurz vor Mitternacht ge-
schickt und mit, ich glaube, noch Rücksprachen -
- Und dann gab es noch ein Telefonat mit
ESMA-Staff dazu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber die Position
der Bundesbank spielte nie gegenüber der ESMA
irgendeine Rolle?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, dann habe ich keine Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sonst noch ein Kollege der CDU/CSU? Okay, dann geht es weiter. Wir haben keine Fragen mehr. Dann schau ich zur SPD rüber. Bitte schön, Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank. Herr Vorsitzender, ich habe noch zwei/drei Nachfragen, um das nochmal glatt zu ziehen. Vorhin, ich weiß gar nicht genau, könnte Kollege Bayaz gewesen sein, da ging es um die Stellungnahme der Bundesbank von 20.30 Uhr, was da auch aus den Vorgängen hervorgeht. Ist Ihnen das eigentlich zur Kenntnis gelangt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, bis auf das wenige Minuten andauernde Telefonat gab es keinen Austausch mit der Bundesbank, an dem ich teilgenommen habe. Und ich habe auch danach nichts schriftlich gesehen. Und es gab auch nichts schriftlich, was mir in irgendeiner Form weitergeleitet wurde.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das ist interessant. Weil, es wird irgendwie so heftigst daran gestrickt, dass die Bundesbank sich quasi da so reingeärgert hat und wollte Sie daran hindern, dass Sie dieses Leerverkaufsverbot machen. Und es ist jetzt so merkwürdig, weil Sie sagen jetzt, die Bundesbank hat einmal kurz bei Ihnen angerufen. Das haben wir heute auch gehört, das hat sehr übereingestimmt. Aber sie haben kein einziges Dokument geschickt. Also die Bundesbank hat kein einziges Mal irgendein Papertrail hinterlassen, dass sie irgendwie mit dieser Geschichte nicht einverstanden sind.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, das kann ich bestätigen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, das war mir nochmal wichtig, weil das ist einer der Punkte, die ich nicht so ganz verstehe, wenn man so eine starke Meinung dazu hat. Und aus unseren Unterlagen geht ja auch hervor, dass die Bundesbank zwar sehr geschäftig war, aber, die haben dann erstmal Wochenende gemacht, weil am Freitagabend um 22.00 Uhr kam dann Entwarnung, „brauchen nichts mehr“. Da hieß es irgendwie, das ist so ein bisschen unklar, da haben sich dann auch, glaube ich - - Die Chefinnen haben sich dann am Ende so ein bisschen darüber versucht, das irgendwie so abzusprechen, ob man jetzt keine Stellungnahme haben wollte oder keine abgeben wollte. Fakt ist aber, es liegt halt irgendwie keine vor. Das ist vom Ergebnis her das Gleiche. Haben Sie da irgendwas nochmal intern mitbekommen, wovon Sie darauf schließen könnten, warum man bei der Bundesbank am Freitagabend die Arbeit eingestellt hat?

Zeugin Marie Christine Geilfus: So, wie ich aus meiner Erinnerung von dem Bericht von Frau Roegel, entnommen habe, weil die Bundesbank gesagt hat, es geht jetzt um die Frage des Marktvertrauens und dafür sind sie nicht zuständig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ah ja, das ist ja noch interessanter. Also sprich, die Bundesbank hat Freitagabend gesagt, „wir sind nicht zuständig“. Also gut, das werden wir mit den beiden, mit Frau Buch und Frau Roegel noch besprechen können, aber nochmal Danke für diese Klarstellung.

Dann nochmal zur Staatsanwaltschaft München: Da ist es natürlich ein bisschen blöd, an der Stelle wäre es ganz gut, wenn wir das schriftliche Protokoll der zweiten Vernehmung von Frau Bäumler-Hösl gehabt hätten, weil bei ihrer zweiten Vernehmung hat sie, wiederum auf meine Nachfrage, dann erklärt, dass sie sich nicht mehr so ganz dran erinnern kann, aber es könnte sein, dass sie doch bei Herrn Kimmer angerufen



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

hat. Herr Kimmer kann sich da sehr, sehr gut dran erinnern. Der kann sich sogar noch an ihre Worte erinnern. Wir haben so ein bisschen ein Problem: Wir haben zwei BaFin-Beschäftigte, die sich sehr gut erinnern können und zwei Staatsanwälte, die alles vergessen haben. Deswegen gibt es so ein bisschen ein Durcheinander. Können Sie sich daran erinnern, nochmal? Das haben Sie auch schon beantwortet, aber nur für meine Notizen. Herr Kimmer ist davon ausgegangen, dass Frau Bäumler-Hösl bei ihm angerufen hat, vormittags.

Zeugin Marie Christine Geilfus: So habe ich es in Erinnerung, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, vielen Dank. Dann bin ich mit meinen Fragen durch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Zimmermann. Dann schaue ich rüber zum Kollegen Toncar, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich darf nochmal fragen: Haben Sie, wenn Sie sagen „manipulative Short-Attacke“, sind Sie - - Ich will einfach den Begriff nochmal klären: Sind Sie davon ausgegangen, von der Hypothese, dass Presseberichterstaten mit Short-Sellern unter einer Decke stecken, die Presseberichte, wenn erst die Short-Positionen eingegangen werden, dann die Presseberichte folgen, und dann der Gewinn gemacht wird? Verstehe ich Sie da richtig, erstmal in der ersten Stufe, dass das manipulative Short-Attacken - -

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, ich bin nicht von der Hypothese ausgegangen, und auch meine Kollegen nicht, dass die Presse da mit unter einer Decke steckt, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also würden Sie nochmal kurz einfach klarstellen, was sozusagen die

Annahme war? Sie haben dann wieder gesagt, „manipulative Short-Attacke“, sogar „weitere“ – was ja unterstellt, es habe eine erste gegeben? Was da gemeint gewesen ist dann? Was war denn dann die manipulative Short-Attacke, die es gegeben hat und wo eine weitere drohte? Wie lief das technisch ab, nach Ihrer Vorstellung?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich wiederhole gerne, dass es in 2008 und 2016 gegen die Wirecard manipulative Short-Attacken gab

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war nicht die Frage, ich will nur 2019? Okay.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Aber so habe ich Ihre Frage verstanden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, Sie haben 2019 beim Leerverkaufsverbot ja befürchtet, dass es, Zitat „eine weitere Short-Attacke gab“. Das „weitere“ bezog sich nach 2016 oder nach 1. Februar 2019?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nach 2008 und 2016.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, das ist schon mal gut. Okay. Was für eine Art von Short-Attacke haben Sie denn befürchtet, wenn Sie sagen, die Befürchtung bestand gar nicht darin, dass da Medien involviert waren? Wie hätte denn diese Short-Attacke nach Ihren Vorstellungen ablaufen können oder drohte abzulaufen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich denke, ich habe es schon erörtert, was ich hier dachte. Es war nicht bekannt, welche oder wer eine weitere Short-Attacke plant. Und zu dem Begriff der „manipulativen Short-Attacke“ kann ich was ausführen, aber es ist keine Leerverkaufsthematik; ich wildere dann ein Stück in dem Marktmanipulationsbereich. Für mich ist es deswegen schwierig,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

hierzu eine definitive Aussage zu treffen. Deswegen betone ich ja auch dieses Team und meine Wahrnehmung an dieser Stelle.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich frage mich nur, man muss ja gewissermaßen, wenn man eine Maßnahme erlässt, die Verhältnismäßigkeit prüfen. Und dafür muss man ja beurteilen können, ob die Maßnahme überhaupt geeignet ist, eine Gefahr abzuwenden. Das heißt, man muss ja schon eine Vorstellung davon haben, wie die Gefahr aussieht. War Insiderhandel als alternative Erklärung auch noch im Gespräch zur Begründung des Leerverkaufsverbots? Also, ich meine, es hätte ja sein können, dass das Insiderhandel ist, nämlich dann, wenn das so abgelaufen ist, wie die FT schrieb, aber jemand zu früh davon erfahren hat und gehandelt hat, dann wäre es ja Insiderhandel gewesen. War das ein Erklärungsmuster, das noch in der Welt war am 15. Februar?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es ging um eine angedrohte weitere Short-Attacke. Die Aufklärung und die Marktmanipulationsuntersuchung, die habe ich nicht begleitet. Ich arbeite nicht in dem Referat, und ich arbeite auch nicht in dem Referat der Insiderüberwachung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein, das weiß ich alles. Aber Sie sind ja im Bereich der Gefahrenabwehr unterwegs bei dem Leerverkaufsverbot. Deswegen hatte ich nur die Hoffnung gehabt, dass die Gefahr irgendwie bekannt gewesen ist, die abgewehrt werden sollte, durch das Instrument. Wie bringe ich denn das zusammen, dass hier einerseits gewissermaßen die Anzeige, die hier auch vorlag, und ja auch Ihr handschriftlicher Vermerk, MAT A BMF-4.04 Blatt 5, wo Sie handschriftlich geschrieben haben

... übermittelte die StA München per Fax die Information an die BaFin, dass die Wirecard AG zur

Zahlung einer hohen Geldsumme aufgefordert worden sei, ansonsten würden sich weitere Personen/Medien der negativen Berichterstattung, die seit dem 31.01.2019 erfolge anschließen.

Also in Ihrem handschriftlichen Vermerk haben Sie ja gewissermaßen ausgeführt, dass die Erpressung auch ausdrücklich sich auf negative Berichterstattung in den Medien bezieht. Wie bringe ich das denn damit zusammen, dass Sie gerade gesagt haben, Teil der Short-Attacke sei ja gar keine Medienberichterstattung gewesen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe hier das wiedergegeben, was ich von der Information der Staatsanwaltschaft berichtet bekommen habe, in diesem Vermerk.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja, genau. Das haben Sie ja schon berichtet, aber gerade eben zu meiner Verwunderung gesagt, dass sozusagen gar nicht Bestandteil des Szenarios sei, dass Shortseller und Medien kollaborieren. Gut, ich stelle es Ihnen anheim, das nochmal klar zu stellen. Ansonsten muss ich mit meiner Verwirrung alleine aus diesem Saal gehen.

Jetzt auch nochmal zum Thema Nachahmungseffekte: Sie schildern ja hier in Ihrem handschriftlichen Vermerk das Erpressungsszenario, und zwar auch unter Referenz auf „weitere Medienberichterstattung, der sich jemand anschließt“. Das ist ja durchaus ein konkret umrissenes Erpressungsszenario. Wer soll das wem gegenüber nachahmen? Gegenüber anderen DAX-Titeln – was wäre die Nachahmung dann gewesen, die drohte?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Bei den Nachahmungseffekten ging es, wie ich versucht habe mehrfach schon darzustellen, um eine Short-Attacke.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Und das, was Sie im handschriftlichen Vermerk geschildert haben, ist keine Short-Attacke, oder doch?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Der handschriftliche Vermerk, soweit ich ihn in Erinnerung habe, besteht aus beiden Teilen, er besteht aus dem Teil mit der hohen Geldsumme und aus einer angedrohten weiteren Short-Attacke.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, also die Erpressung hat mit der Short-Attacke sozusagen - - ist von der zu trennen, oder? Also, die Erpressung, die Forderung der Geldsumme und die drohende negative Berichterstattung in den Medien ist vom Sachverhalt her von der Short-Attacke, die drohen soll, zu trennen. Ja, worin hätte denn dann die Short-Attacke noch bestanden, wenn nicht in der Medienberichterstattung? Worin hätte die Short-Attacke bestanden, wenn das mit der Medienberichterstattung und der Erpressungsforderung angeblich nicht in Zusammenhang steht, wenn das ein zweigeteilter Sachverhalt ist? Was war dann die drohende Short-Attacke, wenn nicht die Erpressung und nicht die Medienberichterstattung?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kann dazu nur wiederholen, dass meine Wahrnehmung und meine Erinnerung war, dass angekündigt wurde, dass eine Short-Attacke stattfinden soll, dass also jemand Shortpositionen aufbaut und dann dazu ein Bericht erstattet, in dem er auf diesen Interessenkonflikt nicht hinweist. Aber mir ist es ganz wichtig, an dieser Stelle zu sagen, dass diese manipulative Einordnung etwas ist, was ich als Referentin des Leerverkaufsbereiches nicht final treffe, und dass ich hier auf die Einschätzungen der Kollegen der „Marktmanipulation“ vertraue. Und wenn sie mir diese Informationen als glaubwürdig und als valide vermitteln, dann sehe ich das nicht als Anlass, das in diesem Moment zu hinterfragen. Und ich bitte Sie, die Fragen mit dem Referat für Marktmanipulationen zu klären.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das werden wir sicher machen. Wie ich bereits ausgeführt habe, glaube ich, dass die Gefahr schon von dem festgestellt werden muss, der sie abwehren möchte. Aber meine Zeit Herr Vorsitzender, ist auch schon wieder durch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das geht immer ganz schnell ja. Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Frau Geilfus, gehe ich richtig in der Annahme, dass, wenn die Presse negative Artikel über ein Unternehmen schreibt, aufgrund zutreffender Informationen, und sich deswegen Netto-Leerverkaufspositionen bilden, dass das noch nicht den Tatbestand der Marktmanipulation erfüllt? Denn es ist ja legitim, wenn man denkt, dass ein Unternehmen fundamentale Schwächen aufweist, dass ich dann Leerverkaufspositionen eingehe. Ist das zutreffend von mir beschrieben?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, das habe ich ja so gesagt. Nur das Eingehen einer Netto-Leerverkaufsposition ist kein manipulativer Tatbestand.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Eben, okay. Das heißt, woraus haben Sie denn dann geschlossen, dass jetzt, aufgrund einer weiteren Presseberichterstattung, die Manipulation gegeben sei? Doch aufgrund des Erpressungsvorwurfs.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich das so gesagt habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, ich frage Sie ja. War, glaube ich, als Frage zu verstehen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Die Kollegen aus der „Marktmanipulation“ haben gesagt, dass sie nach Auswertung der Transaktionsdaten sehen,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass hier wieder Personen Positionen aufbauen, die sie aus der 2016er-Short-Attacke kennen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aha.

Zeugin Marie Christine Geilfus: - - , und dass das Ganze im Zusammenhang mit möglichen manipulativen Praktiken steht. Und dazu kam der Hinweis - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, jetzt kommen wir der Sache näher. Das heißt, es ging darum - -

Zeugin Marie Christine Geilfus: - - den ich mehrfach schon gesagt habe, dass die Staatsanwaltschaft die Information aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie brauchen nicht immer sagen, dass Sie etwas schon mehrfach gesagt haben, sonst werden Sie es mehrfach gefragt. Sie haben also das darauf gestützt, dass die selben Personen, die 2016 schon Mal eine Short-Attacke gefahren haben sollen, dass die hier wieder, dass dieselben handelnden Akteure wieder hier aufgetreten sind?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe gesagt, dass aus den Transaktionsdaten, nach den Berichten der Kollegen aus der „Marktmanipulation“, hier Personen, ich weiß nicht genau, ob es Personen oder juristische Personen waren, also ob es natürliche, juristische Personen waren, auffällig waren, die sie vorher schon kannten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber nur weil ich jemand kenne, der Leerverkaufspositionen eingeht, erfüllt das ja noch nicht den Tatbestand der Marktmanipulation, sondern es ist doch dann Marktmanipulation, wenn ich versuche den Markt quasi in die Irre zu führen. Wenn diese Personen aber aufgrund zutreffender Informationen das tun, wo besteht dann die Schwelle zur Marktmanipulation?

(Zwischenruf)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich bin auch ermüdet. Ich glaube, ich bin sogar länger wach als die Zeugin heute. Und wenn wir endlich schlüssige Antworten bekommen, können wir das auch schneller beenden.

(Zwischenruf)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich hatte die Frage ja noch gar nicht gestellt zuvor. Außerdem dürfen Sie hier gar nicht reden, Sie dürfen Sie ja nur beraten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also das ist jetzt zum Sachverhalt, und ich habe mich auch eben mit Frau Dr. Schimmel ausgetauscht. Ich glaube, die Zeugin hat, ich habe bei fünf Mal aufgehört zu zählen. Ich habe auch mehrmals gesagt, ich bin da jetzt auch großzügig, aber fünf Mal gesagt, diese Beurteilung, und das ist auch genau gefragt worden, fällt in den Bereich der Marktmanipulation. Wir können das jetzt noch ein sechstes und siebentes Mal versuchen, aber da bin ich beim Anwalt, dass wir durch mehrmaliges Wiederholen von einem und demselben Sachverhalt vielleicht mal etwas anders dargestellt in der Zusammenstellung - - Die Zeugin, ich stelle das jetzt nochmals fest, hat mehrmals gesagt, „das bitte die Kollegen der Marktmanipulation fragen“. Und Ihre Frage, Herr De Masi, fing damit an, „eine Marktmanipulation, und, und, und“. Da kann ich den Anwalt verstehen, und auch meine Geduld erschöpft sich da gerade.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Herr Gottschalk, es ist möglich, dass Sie nicht zugehört haben, die letzten zwei Minuten. Weil das hat sie gerade nicht gesagt. Aber es ist egal, ich frage nochmal: Sie haben - -



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir können das gerne im Protokoll abgleichen, Herr de Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben vorhin ausgeführt, sie hat das in der letzten Befragungsrunde bei Herrn Toncar gesagt, aber nicht gerade bei mir. Das hätten Sie mitbekommen, wenn Sie zugehört hätten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hörte es bei Herrn Bayaz. Nochmal ausdrücklich: Ich habe dafür Verständnis, dass - - Aber ich mache jetzt nochmal geltend, der Anwalt hat das eingewandt. Und ich billige der Zeugin zu, wenn jetzt wieder Fragen zur Marktmanipulation kommen, dass sie dann eben sagt – okay. Und ich sage auch gleich, nach dieser Runde werde ich fragen, ob Sie erstmal eine Pause haben möchten, weil wir jetzt gute drei Stunden Sie hier eben entsprechend befragen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben vorhin ausgeführt, dass von Seiten der BaFin kein Vorwurf bestand, dass Journalisten Teil dieser – Marktmanipulation darf ich ja nicht mehr sagen – Teil dieser Short-Attacken waren. Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe ausgeführt, dass wir in der Allgemeinverfügung keine Wertung getroffen haben, weder hinsichtlich Wirecard noch hinsichtlich der Presseberichterstattung dazu. Fragen zur – und in die Richtung scheint mir Ihre Frage zu gehen – zur Abgabe wegen Marktmanipulation und was dann ermittelt wurde zu diesem Sachverhalt, kann ich Ihnen nicht beantworten. Dafür bin ich leider nicht die richtige Ansprechpartnerin. Ich würde es gerne, aber ich kann es einfach nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das heißt, Sie meinten damit einfach, es fällt nicht in Ihren Zuständigkeitsbereich, aber Sie schließen nicht aus,

dass die BaFin Journalisten als Teil dieses Mechanismus gesehen hat.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, dem habe ich klar widersprochen. Ich habe gesagt, mir ist nicht bekannt, dass die BaFin Journalisten verurteilt und sagt, „Journalisten manipulieren den Markt“.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, aber warum wurde denn dann Strafanzeige gegen Dan McCrum gestellt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Bitte fragen Sie das die Kollegen der „Marktmanipulation“.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also doch. Dann würde ich Sie gerne noch fragen: Welche Erkundungen haben Sie denn eingeholt? Also, wenn ich es richtig verstanden habe, die Marktmanipulation hätte ja bestanden in dem bevorstehenden Ereignis, also dass Bloomberg irgendetwas macht. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Erkundungen darüber eingeholt, wie zuverlässig diese Information ist, dass die das machen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Sie meinen hinsichtlich der Informationen von der Staatsanwaltschaft, ob wir da Erkundigungen eingeholt haben? Da kann ich wiederholen, was ich mehrfach gesagt habe: Für mich war das eine Information einer Staatsanwaltschaft verbunden mit einer Wertung und einer Dringlichkeit. Und ich habe es nicht in Frage gestellt. Es hat nicht irgendjemand irgendetwas gesagt, sondern die Staatsanwaltschaft an dieser Stelle.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das heißt also, Sie haben gehandelt auf einer Grundlage, die gar nicht existent war, weil die Staatsanwaltschaft ja bestätigt hat, dass sie deswegen gar nicht ermittelt hat. Das ist nicht Ihr Versäumnis, nicht Ihre Schuld, aber so war es, oder? Sie haben auf einer



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Grundlage gehandelt, wegen dessen überhaupt kein Ermittlungsverfahren geführt wurde? Ist korrekt oder?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich weiß was von einem Ermittlungsverfahren wegen Marktmanipulation. Und das habe ich Ihnen auch gesagt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Möchten Sie noch etwas beitragen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das scheint mir auch so der Fall zu sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich fasse auch nochmal zusammen, sorry, wir müssen immer eine Runde zurückspringen, wir haben immer nur so wenig Zeit. Deswegen mache ich da weiter, wo wir vorhin uns drüber unterhalten hatten. Ich halte jetzt mal fest, ist keine Frage, von meinem Verständnis: Es ging um Marktvertrauen. Es ging auch um die Bedeutung für das Finanzsystem. Und es ging um Ansteckungseffekte. Das war die These, die Sie aufgestellt haben, dass das quasi in Gefahr gewesen sei, im Februar 2019. Jetzt spule ich mal nach vorne, Juni 2020, Wirecard kollabiert, 20 Milliarden Börsenkapital sind auf einmal weg. Können Sie mir zwei Fragen beantworten, Frau Geilfus: Erstens: Welche Auswirkungen hatte das auf das globale Finanzsystem? Zweitens: Welche Ansteckungseffekte gab es auf möglicherweise andere Unternehmen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Mit diesen Fragestellungen habe ich mich aufgrund meiner Tätigkeit in dem Referat zu diesem Zeitpunkt nicht befasst.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen irgendwie geläufig gewesen, dass das globale Finanzsystem mit der Pleite von Wirecard unter Stress war, nahe am Abgrund, dass es da ein Problem gab, hatten wir eine Finanzkrise, mussten Institute gerettet werden oder dergleichen? Ist Ihnen darüber was bekannt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ist Ihnen mit Blick auf, Stichwort „Ansteckungseffekte“, bekannt, dass Siemens, die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Landesbank Baden-Württemberg, viele Banken, die wir auch hier hatten, irgendwie ein Institut, ein anderes Unternehmen in Bedrängnis gekommen ist? Ist Ihnen darüber was bekannt?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein,

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort hat mir gereicht, danke, die Antwort hat mir gereicht.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein. Und ich möchte an dieser Stelle wiederholen, dass es in der Allgemeinverfügung um die Short-Attacke ging, und nicht um die Ansteckungseffekte wegen eines - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das heißt, die These, die Sie im Februar 2019 aufgestellt haben, wurde ja quasi gechallangiert, nämlich im Juni 2020. Und Sie würden jetzt in der Rückschau, ich weiß, es ist ein anderer Zeitpunkt, würden Sie aber sagen, dass diese These aus dem Februar 2019 nicht haltbar ist?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es war nicht der einzige Grund für die Begründungen der Allgemeinverfügung. An dieser Stelle wiederhole ich mich auch, mehrfach.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, Sie wiederholen sich nicht, sondern Sie springen. Das ist ein bisschen das Thema, warum wir auch immer wieder springen in unseren Fragen, aber ich mach weiter. Sie haben vorhin erklärt, dass Wirecard wichtig sei für das globale Finanzsystem, wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen, das war Ihre Aussage. Können Sie uns erklären, wie Sie diese Verflechtungen gemessen haben?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wie ich berichtet habe, gibt es keine Vorgaben in der Leerverkaufsverordnung für irgendwelche Methoden oder Analysen, die durchgeführt werden können.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie sich angeschaut oder analysiert, dass Sie zum Ergebnis gekommen sind, das ist ein komplex verflochtenes Unternehmen?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben uns das Unternehmen angeschaut, wir haben uns angeschaut - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „das Unternehmen angeschaut“? Das Gebäude von außen oder ein Organigramm oder was meinen Sie damit? Frau Geilfus, was haben Sie sich angeschaut, wenn Sie sagen, „wir haben uns das Unternehmen angeschaut“? Um die „Verflechtung“ – das war ja Ihre Wortwahl – zu analysieren.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben uns in Kürze angeschaut, wie der Konzern aufgebaut ist, und haben daraus eine Wertung gezogen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja vorhin gesagt, dass Sie Juristin sind. Gibt es denn in Ihrem Referat einen Ökonomen im höheren Dienst?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein, im höheren Dienst nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es nicht?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gibt es einen Ökonomen im höheren Dienst im WA 23, mit denen Sie ja auch eng zusammen arbeiten?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich meine, dass Herr Kimmer Ökonom ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also es gibt in Ihrem Referat keinen Ökonom. Das sind hochökonomische Fragen, über die wir uns irgendwie unterhalten, und am Ende haben Sie es nicht mal nötig, zu sagen, „wir holen uns die Expertise von der Bundesbank für die Frage“. Das finde ich schon bemerkenswert. Würden Sie in der Rückschau sagen, dass das ein Defizit ist? Also müssten wir vielleicht künftig wieder drüber nachdenken, dass man unbedingt beispielsweise eine Stellungnahme der Bundesbank herbeiführt, dass das den Prozess verbessert, weil die ja offenbar auch Expertise in dem Feld haben? Wir wollen ja auch aus den Fehlern lernen und besser werden. Deswegen würde mich da Ihre Meinung interessieren.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es ist nicht mein Tätigkeitsbereich und ich habe keine dienstlichen Erkenntnisse dazu.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt aufgrund Ihrer Erfahrung mit den Vorkommnissen 2019, könnte ja sein, also könnte es in Zukunft zu besseren Ergebnissen führen. Deswegen frage ich Sie, ob wir auch da über Struk-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

turveränderung - - Ich rede gar nicht über persönliche Entscheidungen, das spielt auch erstmal mit Ihnen keine Rolle. Sondern in dem Tätigkeitsfeld, in dem Bereich, wo Sie unterwegs sind, dass man zu besseren, zu qualitativ fundierteren Ergebnissen kommt, wenn man beispielsweise auch künftig einfach immer einen Standardprozess hat und die Expertise der Bundesbank hinzufügt, wenn Sie sagen, dass in Ihrem Referat beispielsweise kein Ökonom im höheren Dienstes tätig ist. Ist das eine faire Schlussfolgerung?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Kann ich nicht beantworten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie nicht beantworten? Oder Sie trauen sich kein Urteil zu? Also, Sie sagen einfach, Sie sind gut ausgestattet und können auch künftig diese Fragen alleine beantworten. Ist das die Schlussfolgerung daraus?

(Zwischenruf)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Lass ich so gelten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, meine Zeit läuft jetzt eh gerade ab, in der Runde. Dann akzeptiere ich das an der Stelle. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann frage ich zunächst mal die Zeugin nebst Rechtsbeistand, ob Sie eine kurze Erfrischungspause brauchen? Okay. Geschäftsordnungsantrag, bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich würde vorschlagen, dass wir ganz kurz eine Beratungssitzung machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Wie lang, ohne Druck aufbauen, wie lange brauchen Sie jetzt etwa mal? Ich denke, wir würden so fünf bis

zehn Minuten - - Und dann würde ich sagen, wir setzen so gegen, meine Augen werden auch immer schlechter, Viertel vor? Oder? Viertel vor, alles klar, 15 Minuten. Alles klar, dann machen wir für 15 Minuten - - Gut, und dann bitte ich Herrn Fleischer, Nicht-Öffentlichkeit herzustellen. Ach Frau Pahl macht das jetzt? Alles klar.

(Unterbrechung ca. 2.37 Uhr bis 3.00 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann haben wir das auch geklärt. Die Öffentlichkeit begrüße ich dann auch recht herzlich hier im Saal, und dann würden wir fortfahren. Ich habe vernommen, dass die Kollegen, der Koalition keine Fragen haben. Wir haben auch keine Fragen. Und dann würde ich aufsetzen bei Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank Frau Geilfus und auch für die konstruktive Klärung jetzt. Ich will einfach die Frage nochmal so wiedergeben: Was ist Ihnen bekannt darüber, wer im Bundesfinanzministerium über den direkten Adressatenkreis der E-Mails, also Frau Wimmer, Herr Franke, Herr Krüger und Herr Cless, über den direkten Adressatenkreis Ihre E-Mails von der geplanten Leerverkaufsmaßnahmen zwischen dem 15. und dem 18. Februar, also im Vorfeld des Erlasses noch weiter Kenntnis erhalten hat?

Rechtsanwalt Dr. Rainer Birke: Als Beistand würde ich bitten, Herrn Fritz vom Bundesministerium für Finanzen, sich zu erklären, ob er dieser Frage widerspricht, der Beantwortung dieser Frage widerspricht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das mach ich auch gerne, kein Problem Dr. Birke. Also, ich erteile dem Kollegen Fritz vom Bundesfinanzministerium das Wort auf die Frage des Rechtsbeistandes Dr. Birke zu der von Dr. Toncar gestellten Frage. Herr Fritz, Sie haben das Wort.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Robert Fritz (BMF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Im Ergebnis der Beratungsrunde hatten wir uns verständigt, und ich mich bereit erklärt, diese Frage nicht zu rügen. Und ich gehe davon aus, dass der Herr Vorsitzende sie zulassen wird, und von daher kann ich Sie beruhigen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank und im Einvernehmen, ja, ich lasse die Frage zu und bedanke mich, wie immer auch beim Finanzministerium für diese sehr kooperative und auch sehr hilfreiche Haltung, auch zu später Stunde, Danke.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Dann möchte ich die Antwort geben und kurz zum Hintergrund aufzeigen, dass diese Antwort aus der Kenntnis einer schriftlichen Anfrage von – ich bin mir jetzt tatsächlich nicht mehr ganz sicher von wem Ihrer Kollegen diese beruht – aus den letzten ein/zwei Wochen beruht, die ich zur Kenntnis bekommen habe, Anfang dieser oder Ende letzter Woche. Ich erinnere mich nicht mehr ganz genau, ob diese schriftliche – Also, ob die Antwort auf diese schriftliche Frage veröffentlicht ist. Und ich erinnere mich, dass in dieser Anfrage ausgeführt wird, dass sowohl der Staatssekretär Kukies als auch Herr Finanzminister* keine Kenntnis über den Erlass der Allgemeinverfügung vor dem Erlass hatten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank für die Antwort. Sie haben jetzt zwei Namen genannt, die keine Kenntnis hatten. Einfach nur bitte der Vollständigkeit halber: Über Frau Wimmer, Herrn Franke, Herrn Krüger und Herrn Cless hinaus – gibt es noch weitere Personen, wo Ihnen positiv bekannt wäre, dass sie im Vorfeld der Maßnahme Kenntnis davon hatten?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe daran keine Erinnerungen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Erinnerungen. Okay, alles klar.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Keine Erkenntnis, keine Erinnerung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Oder keine Kenntnis, gut. Dann hat Dr. Toncar keine Fragen mehr. Ich gucke zum Kollegen Fabio De Masi, gibt es noch Fragen? Nein. Dann schaue ich zum Kollegen Dr. Bayaz, gibt es noch Fragen?

Dr. Danyal Bayaz: (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir freuen uns einfach nur auf die Kleine Anfrage, wenn sie dann irgendwann eintrudelt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das waren fast ganze salomonische Worte auch nochmal zum Ende. Dann schaue ich jetzt ein letztes Mal kurz in die Runde, sehe Abstimmen durch Aufstehen. Ich frage nochmal, gibt es, der guten Ordnung halber Bedürfnisse in eingestufte Sitzung Fragen zu behandeln? Auch das kann ich nicht erkennen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings – etwas mehr Ruhe noch, dass ich das noch verlesen kann – damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung. Jetzt, zu später Stunde am frühen Morgen, darf ich mich ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken, auch dass wir es jetzt so gut zu Ende bekommen haben. Kommen Sie jetzt gut nach



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hause, bleiben Sie gesund und angenehme, kurze Nachtruhe. Vielen Dank. Die Sitzung ist damit geschlossen. Wir setzen heute um 9.00 Uhr fort. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 3.16 Uhr

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Marie-Christine Geilfus



19. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
der 19. Wahlperiode

Ausschussdrucksache

19(30)405

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Marie Christine Geilfus: Es gab auch Short-Attacken auf Ströer, soweit ich mich erinnere. Und die Wertung der BaFin war, dass eine Preisfindung nicht mehr angemessen ist, wenn sie mit manipulativen Aspekten verbunden ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten hier einen Herrn Wexler und Herrn Zielke, die wir auch nach Ansteckungs- und Nachahmungseffekten befragt haben, ob sie das mit Blick auf Wirecard, gesehen haben, auch der Kollege Wieland von der Bundesbank – die haben das interessanter Weise verneint. Stichwort „Bundesbank“: Hatten Sie eigentlich telefonischen Kontakt, also am 15. selbst, zu Vertretern der Bundesbank?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ja, so wie ich das vorhin dargestellt habe, hatte ich Kontakt mit der Bundesbank.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie die Namen nochmal genau, bitte.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich hatte Kontakt mit dem stellvertretenden Hauptgruppenleiter, das ist der Herr Seiler. Und ich hatte Kontakt mit dem Hauptgruppenleiter – oh, jetzt habe ich es verdreht – das ist Herr Hensler, der Stellvertreter und mit Herrn Seiler, das ist der Hauptgruppenleiter.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was hatten die Ihnen gesagt? Und, weil Sie es vorhin schon mal gesagt haben, würde ich Sie bitten, das nochmal zu wiederholen.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich meine, ich habe es gesagt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es bestimmt gesagt. Dann war ich entweder unaufmerksam oder war gerade vor der Tür.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich erinnere mich nicht, dass über Ansteckungseffekte gesprochen wurde. Sondern ich erinnere mich, dass Herr Seiler, mit dem wir an dem Abend gesprochen haben, dass er berichtete, dass er den ersten Entwurf der Allgemeinverfügung für verbesserungswürdig hält, dass der mehr begründet werden könnte, dass ordnungspolitische Erwägungen nicht gegeben sind und dass er keine Finanzstabilitätsgefährdung hier sieht. Und, wie ich vorhin berichtete, ist der Hauptfokus in meiner Erinnerung, dass wir dann über die Information der Staatsanwaltschaft informieren wollten, und Herr Seiler bat, diese Informationen auf Leitungsebene zu besprechen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn dieses Argument der „Finanzstabilität“ zu dem Zeitpunkt gesehen? Davor, vor dem Gespräch und auch nach dem Gespräch?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Wir haben die Allgemeinverfügung von Anfang an auf das „Marktvertrauen“ gestützt, von dem ersten Entwurf an.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Marktvertrauen“ ist ja kein technischer Begriff.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Er wird auch nicht in der Leerverkaufsverordnung definiert, genau wie „Finanzstabilität“ nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber Artikel 24 Absatz 1c, Herr de Masi hat das ja gerade angesprochen, ich zitiere mal daraus



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Robert Fritz (BMF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Im Ergebnis der Beratungsrunde hatten wir uns verständigt, und ich mich bereit erklärt, diese Frage nicht zu rügen. Und ich gehe davon aus, dass der Herr Vorsitzende sie zulassen wird, und von daher kann ich Sie beruhigen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank und im Einvernehmen, ja, ich lasse die Frage zu und bedanke mich, wie immer auch beim Finanzministerium für diese sehr kooperative und auch sehr hilfreiche Haltung, auch zu später Stunde, Danke.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Dann möchte ich die Antwort geben und kurz zum Hintergrund aufzeigen, dass diese Antwort aus der Kenntnis einer schriftlichen Anfrage von – ich bin mir jetzt tatsächlich nicht mehr ganz sicher von wem Ihrer Kollegen diese beruht – aus den letzten ein/zwei Wochen beruht, die ich zur Kenntnis bekommen habe, Anfang dieser oder Ende letzter Woche. Ich erinnere mich nicht mehr ganz genau, ob diese schriftliche – Also, ob die Antwort auf diese schriftliche Frage veröffentlicht ist. Und ich erinnere mich, dass in dieser Anfrage ausgeführt wird, dass sowohl der Staatssekretär Kukies als auch Herr Finanzminister keine Kenntnis über den Erlass der Allgemeinverfügung vor dem Erlass hatten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank für die Antwort. Sie haben jetzt zwei Namen genannt, die keine Kenntnis hatten. Einfach nur bitte der Vollständigkeit halber: Über Frau Wimmer, Herrn Franke, Herrn Krüger und Herrn Cless hinaus – gibt es noch weitere Personen, wo Ihnen positiv bekannt wäre, dass sie im Vorfeld der Maßnahme Kenntnis davon hatten?

Zeugin Marie Christine Geilfus: Ich habe daran keine Erinnerungen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Erinnerungen. Okay, alles klar.

Zeugin Marie Christine Geilfus: Keine Erkenntnis, keine Erinnerung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Oder keine Kenntnis, gut. Dann hat Dr. Toncar keine Fragen mehr. Ich gucke zum Kollegen Fabio De Masi, gibt es noch Fragen? Nein. Dann schaue ich zum Kollegen Dr. Bayaz, gibt es noch Fragen?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir freuen uns einfach nur auf die Kleine Anfrage, wenn sie dann irgendwann eintrudelt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das waren fast ganze salomonische Worte auch nochmal zum Ende. Dann schaue ich jetzt ein letztes Mal kurz in die Runde, sehe Abstimmen durch Aufstehen. Ich frage nochmal, gibt es, der guten Ordnung halber Bedürfnisse in eingestufte Sitzung Fragen zu behandeln? Auch das kann ich nicht erkennen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings – etwas mehr Ruhe noch, dass ich das noch verlesen kann – damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung. Jetzt, zu später Stunde am frühen Morgen, darf ich mich ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken, auch dass wir es jetzt so gut zu Ende bekommen haben. Kommen Sie jetzt gut nach

Durch
die
BaFin